



PROTOKOLL

(Gemeinde
Ostermundigen)

GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2025/6

Datum/Zeit	Donnerstag, 20. November 2025, 18:00 - 21:40 Uhr
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen
Vorsitz	Feller Daniela (FDP) _____ 1
Mitglieder	<div>Balmer Kathrin (SP)</div> <div>Buri Peter (SP)</div> <div>Dressler Yasmin (SP)</div> <div>Falk Marcel (SP)</div> <div>Kistler Kerstin (SP)</div> <div>Mordasini Mattia (SP)</div> <div>Nova Colette (SP)</div> <div>Renner Jörg (SP)</div> <div>Schneider Maja (SP)</div> <div>Stalder Sarah (SP)</div> <div>Stettler Ruess Peter (SP) _____ 11</div> <div>Andres Angelo (SVP)</div> <div>Brunner Franziska (SVP)</div> <div>Friedli Hans Peter (SVP)</div> <div>Gränicher Adrian (SVP)</div> <div>Herren Marisa (SVP)</div> <div>Rutsch Adrian (SVP)</div> <div>Steiner Ulrich (SVP)</div> <div>Truog Markus (SVP) _____ 8</div> <div>Alberucci Luca (glp)</div> <div>Raass Leena (glp)</div> <div>Tamàs Oliver (glp)</div> <div>Wahli Alexander (glp)</div> <div>Züllig von Allmen Dorothea (glp) ab 18:10 Uhr _____ 5</div> <div>Lanz Lukas (FDP)</div> <div>Leiser Christoph (FDP) _____ 2</div> <div>Baumgartner Gerhard (EVP)</div> <div>Gimmel Benjamin (EVP)</div> <div>Zürcher Myriam (EVP) _____ 3</div> <div>Brechbühl Kerstin (Mitte)</div> <div>Löhrer-Marti Sandra (Mitte)</div> <div>Mitter Michael (Mitte) _____ 3</div> <div>Ernst Kathrin (Grüne)</div> <div>Tanner Adrian (Grüne) _____ 2</div> <div>Ananiadis Jorgo (Piraten) _____ 1</div> <div>Total anwesend _____ 36</div>

Mitglieder Gemeinderat	Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos), Fredrich Bettina (SP), Gasser Melanie (glp), Grasso Gerardo (FDP), Panayides Aliko (SVP), Selmani Emsale (SP), Wipfli Hans (SVP)
Gemeindeschreiberin	Steudler Barbara
Ratssekretär	Kumli Jürg
Protokollführerin	Niggli Saskia, Gemeindeschreiberin Stv.
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Burr Furrer Christian (Grüne), Filep Béla (Mitte), Schmid Alexander (glp), Zaugg Gerhard (SVP)

TRAKTANDEN

77.	Budget 2026 und Investitionsplanung; Genehmigung	209
78.	Motion glp-Fraktion betreffend Aufnahme einer Personalplanung im Budgetprozess; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in Postulat.....	235
79.	Motion Jorgo Ananiadis (Piraten) betreffend effiziente Budgetlesungen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in Postulat	237
80.	Überparteiliche Motion betreffend das Reglement über die Mehrwertabgabe; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in Postulat.....	238
81.	Orientierungen des Gemeinderates	243
82.	Überparteiliche Motion betreffend Zukunft Kindertagesstätte Hummelinäscht; parlamentarischer Neueingang.....	247
83.	Überparteiliche Motion betreffend Reinigungsaufwand; parlamentarischer Neueingang	248

84. Interpellation glp-Fraktion betreffend Aufgaben, Wirkung und Ressourcen der
Gemeinde im Bereich Nachhaltigkeit; parlamentarischer Neueingang249
- a) Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates.....251

Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Geschätzte Anwesende, ich begrüsse alle zur 6. Sitzung im Jahr 2025.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

Ich bitte die Ratssekretärin um Namensaufruf.

Momentan sind **35 Ratsmitglieder** anwesend und der Grosse Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Auf den Tischen liegt auf: Einladung Schlusssessen GGR vom 04.12.2025 (19:00 Uhr)

Gestützt auf Artikel 33 der GO GGR nimmt der Finanzverwalter, Thomas Lauener, zum Traktandum Nr. 77 an der heutigen Sitzung teil.

Die nächste GGR-Sitzung findet am 4. Dezember 2025 um 18:00 Uhr statt.

Traktandenliste

Zum Traktandum Nr. 81 Orientierungen des Gemeinderates liegen keine Mitteilungen vor.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Zur Traktandenliste liegen keine Wortmeldungen vor.

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

1

¹ 18.10 Uhr: Dorothea Züllig von Allmen (glp) nimmt an der Sitzung teil. Neu sind **36 Ratsmitglieder** anwesend.

Axioma #10301

20.1.01 Budget 2026; Hauptgeschäft

77. Budget 2026 und Investitionsplanung; Genehmigung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso (FDP): Ich möchte noch einmal betonen: 93% des allgemeinen Haushalts unserer Gemeinde sind gebundene Ausgaben, also 100 Millionen Franken, die nicht direkt beeinflussbar sind. Zusätzlich dazu gibt es 7 Millionen Franken nicht gebundene Ausgaben. Diese sind freiwillig, gesetzlich nicht vorgeschrieben, aber keinesfalls unnötig oder überflüssig. Im Gegenteil: Der Gemeinderat empfiehlt ausdrücklich, diese Ausgaben im Budget zu belassen.

Heute Abend geht es ausschliesslich um diese 7 Millionen Franken. Der Gemeinderat wurde beauftragt, aufzuzeigen, wie 1 bis 1,5 Millionen Franken eingespart werden könnten. Das ist sehr ambitioniert, denn es entspricht etwa einem Viertel der nicht gebundenen Ausgaben.

Auf Grundlage verschiedener Änderungsanträge aus der ersten Lesung haben wir vier Listen erstellt. Diese mussten kurzfristig überarbeitet werden, weshalb es zu Doppelnennungen kam, die verständlicherweise Fragen aufgeworfen haben. Die vorliegende Tischaufgabe ist identisch mit der zuvor zugeschickten Version. Zur Sicherheit haben wir sie erneut ausgedruckt. Wir bitten um Verständnis für die kurzfristigen Anpassungen.

Die erste Liste „Budgetkorrekturen 2026“ enthält Korrekturen, die keine effektiven Leistungskürzungen bewirken. Der Gemeinderat beantragt deren Umsetzung. Die zweite Liste zeigt mögliche Entlastungsmassnahmen für das Budget 2026 auf. Die dritte Liste enthält zusätzliche Entlastungsmassnahmen durch Dienstleistungen oder Honorare Dritter. Der Gemeinderat stellt dazu keinen Kürzungsantrag. Die vierte Liste beinhaltet die wichtigsten und wirkungsvollsten Massnahmen, die zwar nicht sofort umsetzbar sind, aber durch ihre Wiederkehr einen grossen Einfluss auf zukünftige Budgets und Finanzpläne haben. Auch hier gibt es keinen konkreten Kürzungsantrag seitens des Gemeinderates.

Die Listen wurden unter hohem Zeitdruck und weitgehend in Handarbeit erstellt. Sie sind nicht perfekt, bilden aber eine gute bis sehr gute Basis für die Beurteilung der aktuellen Situation und für mögliche zukünftige Massnahmen.

Bei den Kommentaren zu möglichen Auswirkungen, die rechts aufgeführt sind, ist uns bewusst, dass je nach politischer Sicht ein Nachteil auch als Vorteil interpretiert werden kann. Trotzdem sind die Kommentare sinnvoll und zielführend.

Wir sind überzeugt, dass die vorliegende Botschaft und die heutige Debatte wichtige Schritte zu mehr Transparenz darstellen. Diese neue Transparenz stärkt das Vertrauen in unsere Prozesse und gemeinsamen Entscheidungen.

Für Fragen stehen heute Thomas Lauener, Abteilungsleitung Finanzen, Steuern und Informatik, sowie weitere Abteilungsleitungen zur Verfügung.

Ulrich Steiner (SVP): Die SVP dankt dem Gemeinderat, insbesondere der Finanzverwaltung, aber auch allen anderen Abteilungsleitungen für die enorme Vorarbeit zum heutigen Abend. Wir haben die verschiedenen Informationsanlässe sehr geschätzt.

Wir wurden mit einer umfangreichen „Menükarte“ an Budgetentlastungsmöglichkeiten versorgt. Der Gemeinderat hat weder ausdrücklich empfohlen noch abgeraten, einzelne „Menüs“ zu wählen, zumal die möglichen Konsequenzen oft in sehr dunklen Farben dargestellt wurden.

Aus unserer Sicht wäre es weiterhin möglich gewesen, ein ausgeglichenes Budget 2026 zu erreichen – ohne unverhältnismässige Einschnitte und übertriebene Schwarzmalerei. Leider scheint die Mehrheit im Grossen Gemeinderat beim Budget regelmässig von kollektiver Mutlosigkeit erfasst zu werden. Die nötigen Massnahmen für ein ausgeglichenes Budget kommen so häufig nicht zustande. Wir befürchten, dass dies auch heute Abend der Fall sein könnte.

Wir danken dem Gemeinderat, dass er mit den beantragten Budgetkorrekturen 2026 ein positives Signal gesetzt hat. Wir werden der Budgetkorrekturtabelle (Massnahmen 1-13) zustimmen.

Wir sind uns bewusst, dass es dabei mehr um die Verschiebung von Positionen geht und nicht um echte Einsparungen. Deshalb sehen wir die Notwendigkeit, weitere konkrete Entlastungsmassnahmen mit echtem Einsparungspotenzial zum Budget 2026 einzubringen.

Wir wissen, dass noch mindestens drei Motionen von der FDP und der GLP eingereicht werden. Diese werden wir unterstützen.

Michael Mitter (Mitte): Die Mitte-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Umsetzung des Auftrags und die geleistete Arbeit. Wir haben uns eingehend mit dem Budget und den aufgezeigten Sparmöglichkeiten auseinandergesetzt.

Wir werden den Budgetkorrekturen 2026 im Beschlusspunkt 3, Massnahmen 1-13, ohne weitere Diskussion zustimmen. Die Korrekturen von 597'300 Franken verschönern zwar die Zahlen auf dem Papier, verbessern das Budget jedoch nicht wesentlich. Viele Einsparungen wären ohnehin eingetreten, zum Beispiel durch die verzögerte Eröffnung der Sporthalle Forrelstrasse. Auch einige Beiträge werden einfach ins nächste Jahr verschoben.

Die Mitte-Fraktion ist der Meinung, dass am Budget und am Investitionsplan 2026 grundsätzlich nicht viel zu ändern ist. Dennoch stören uns die hohen Kosten von insgesamt 948'300 Franken für externe Berater, Gutachter und Fachexperten.

Wir sind nicht grundsätzlich gegen externe Gutachten und erkennen, dass externes Fachwissen manchmal nötig ist. Wir wünschen uns jedoch, dass der Fokus vermehrt auf interne Abklärungen gelegt wird. Externe Gutachten sollten nur dann in Anspruch genommen werden, wenn eigenes Fachwissen oder Personalressourcen nicht ausreichen. Gutachten wie die 54-seitige Machbarkeitsstudie zum Postulat Elektromobilität halten wir für nicht erforderlich.

- Die Mitte-Fraktion stellt deshalb folgenden **Änderungsantrag Nr. 1:**

Auf allen Konten 3132 (Honorare für externe Berater, Gutachter und Fachexperten) sollen die Beträge um 30 % reduziert werden.

Dadurch sinkt der Gesamtbetrag von 948'300 Franken um 284'490 Franken auf neu 663'810 Franken.

Bei den übrigen zusätzlichen Entlastungsmassnahmen für das Budget 2026 entscheiden wir nach allfälligen Anträgen von Fall zu Fall. Die vom Gemeinderat für 2027 vorgeschlagenen Entlastungsmassnahmen werden wir noch diskutieren, um zu prüfen, ob sie mehr nützen oder schaden.

Colette Nova (SP): Wer mich kennt, weiss: Ich bin keine Freundin von Defiziten, schrumpfen-dem Eigenkapital oder steigenden Schulden. Ein ausgeglichener Haushalt muss unser Ziel sein.

Ich sage das hier im Rat seit mindestens zehn Jahren. Ich bin jetzt in meiner fünften Legislatur und verfolge die Finanzentwicklung von Ostermundigen schon lange. Für mich zeigt sich klar: Wir haben kein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmenproblem.

Im Laufe der Jahre haben der Gemeinderat und wir im GGR vieles versucht. Vor ein paar Jahren haben wir sogar die ohnehin schon geringen Ratsentschädigungen gestrichen. Das waren nur ein paar Hundert Franken pro Jahr, also für die Finanzen von Ostermundigen irrelevant.

Wir hatten früher einmal die Weihnachtsbeleuchtung gestrichen. Sicher gut gemeint, aber finanziell irrelevant. Wir hatten auch schon Monate ohne Budget. Die Folgen waren nicht so schlimm wie in den USA – die Mitarbeitenden bekamen weiterhin Lohn – aber gut war es nicht. Solche Situationen lösen keine Probleme.

Unsere Finanzen bestehen zu 93% aus gebundenen Ausgaben, also rund 100 Millionen Franken, die wir nicht beeinflussen können. Auf der Einnahmeseite haben wir ein schlechtes Steuersubstrat: Viele natürliche Personen mit niedrigem Einkommen und wenige juristische Personen. Das führt zu tiefen Steuereinnahmen.

Die kantonalen Vergleichszahlen zeigen es: Der harmonisierte Steuerertrag pro Kopf liegt in Ostermundigen bei 2'405 Franken, in Bern bei 3'783 Franken, in Ittigen bei 4'905 Franken und in Muri bei 5'871 Franken. Andere Kennzahlen bestätigen dasselbe Bild.

Hätten wir mit der Stadt Bern fusioniert, hätten wir unser Finanzproblem gelöst. Doch auch Bern hat Finanzschwierigkeiten, wenngleich eher ein Ausgabenproblem. Bern hat ein besseres Steuersubstrat und einen tieferen Steuerfuss. Mit Gemeinden wie Ittigen, Bolligen oder Muri zu fusionieren, wäre ideal, ist aber utopisch. Diese Gemeinden würden nicht mitmachen.

Wir müssen unsere Finanzprobleme also selbst lösen. Das zeigt klar: Wir haben ein Einnahmenproblem. Das bedeutet nicht, dass wir die Ausgaben nicht genau prüfen müssen. Aber wir haben die Ausgabenseite bereits stark optimiert. Diese „Zitrone“ ist weitgehend ausgepresst.

Zu den Unterlagen heute Abend: Ich habe allen Abklärungsaufträgen zugestimmt. Gegen meine Fraktion war meine Stimme einmal ausschlaggebend. Warum? Ich will nicht im Blindflug handeln, sondern wissen, was konkret möglich ist und welche Auswirkungen Streichungen haben.

Der Gemeinderat hat präzise und bezifferte Antworten geliefert. Dafür danke ich ausdrücklich.

Zum Resultat: Meine Fraktion kann den Budgetkorrekturen zustimmen. Sie bedeuten lediglich, dass die Differenz zur Rechnung etwas kleiner ausfällt. Alle anderen Massnahmen lehnen wir ab. Denn wir haben ein Einnahmenproblem, kein Ausgabenproblem.

Wenn wir das Problem an der Einnahmeseite lösen, können wir einen ausgeglichenen Haushalt erreichen, ohne Defizite. Weitere Defizite würden nur das Eigenkapital schrumpfen lassen und die Schulden erhöhen.

Oliver Tamàs (glp): Auch die GLP-Fraktion möchte dem Gemeinderat und dem Finanzdepartement herzlich danken. Wir schätzen die sehr gute Vorlage und die schnelle Ausarbeitung der Massnahmenpläne. Unser Eindruck ist, dass dies vollumfänglich dem Antrag entspricht, den wir an die zweite Budgetlesung gestellt haben.

Die GLP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates folgen. Sie wird diesen Antrag so annehmen, also auch die 13 Budgetkorrekturen für 2026. Weitere Sparmassnahmen hingegen werden wir nicht genehmigen.

Wir wollen keinen Verlust der Lebensqualität, keinen Abbau bei Fachpersonal und keinen Abbau beim sozialen Zusammenhalt. Für uns ist es wichtig, dass solche Anträge seriös geprüft sind. Der heutigen Massnahmenliste können wir deshalb nicht mit gutem Gewissen zustimmen.

Wir bleiben jedoch dran und werden weiterhin genau hinschauen, was im Budget vorgesehen ist. Auch künftige Anträge werden wir genau prüfen und aus finanzpolitischer Sicht betrachten. Bereits bei dieser zweiten Budgetlesung haben wir damit begonnen. Unsere Motion zur Personalplanung geht ebenfalls in diese Richtung.

Mit solchen Massnahmen wollen wir mehr Transparenz schaffen. Das Parlament soll die Zahlen besser beurteilen, bewerten und steuern können. Wir sehen dies als Verantwortung der Legislative und freuen uns über jede weitere Transparenz zu Kosten.

Prüfaufträge wie Postulate, Interpellationen oder Motionen für das Budget 2027 können sinnvoll sein. Dort könnten wir genauer hinschauen und mehr Details zu einzelnen Sparmassnahmen erhalten, etwa zu externen Beratern oder Vereinigungen. Vorausgesetzt, wir haben die nötigen Grundlagen dazu.

Benjamin Gimmel (EVP): Auch wir von der EVP-Fraktion möchten uns zuerst beim Gemeinderat für die Vorarbeit bedanken. Wir werden die vom Gemeinderat vorgeschlagenen Entlastungen gutheissen.

Für uns ist wichtig, dass die Entlastung ohne soziale Einbussen und ohne Verlust von Substanz erfolgt. Eine sofortige Entlastung im Jahr 2026 soll gesichert sein, so wie es der Gemeinderat vorgesehen hat. Gleichzeitig müssen soziale Kernangebote geschützt bleiben, zum Beispiel Schulsozialarbeit, Frühförderung, Angebote für Senioren und Jugend. Diese Bereiche sollten nicht angetastet werden.

Falls Investitionen verschoben werden, sollte es nicht um Streichungen gehen. Vielmehr kann man Projekte zeitlich staffeln oder aufschieben. Zum Beispiel bei Weiterbildungsmassnahmen kann man kleine Einsparungen vornehmen, aber nicht pauschal 35 %.

Wir unterstützen, dass beim Reinigungsaufwand optimiert wird. Verbesserungen sind sinnvoll, aber wir lehnen es ab, einfach nur noch halb so viel reinigen zu lassen.

Mit diesem Votum möchte ich unseren Standpunkt darlegen.

Peter Buri (SP): Die Entlastungsmassnahmen ab 2026 und 2027 sind keine überflüssigen Ausgaben. Sie machen den Unterschied zwischen einem Ort, an dem man gerade so über die Runden kommt, und einem Ort, an dem man gerne lebt. Die Frage „Was wollen wir?“ erübrigt sich damit.

Für mich als IV Rentner, EL Bezüger und selbstständig Erwerbender mit knappem Budget sind gewisse Angebote der Gemeinde keine Luxusausgaben, sondern notwendig. Nach Miete, Krankenkasse und anderen Ausgaben bleiben mir nur 1'400 Franken pro Monat. Jeder Franken zählt. Jedes Angebot, das mir hilft über die Runden zu kommen, ist willkommen. Dazu gehören günstigere Freizeitmöglichkeiten, Unterstützung im Alltag und ein funktionierender öffentlicher Verkehr. All das hält Menschen wie mich in Ostermundigen.

Trotz meiner eigenen Einschränkungen habe ich das Privileg, als Volksvertreter auf kommunaler Ebene tätig zu sein. Ich kämpfe für ein Ostermundigen, das alle mitnimmt. Ostermundigen ist Heimat, divers, bunt und lebenswert für alle.

Für Familien sind dies Kitas, Schulen und Spielplätze, die den Alltag erleichtern. Für ältere Menschen sind es Treffpunkte, Mobilitätshilfen und Nachversorgung, die Unabhängigkeit ermöglichen. Für alle sind es die kleinen Dinge, die eine Gemeinde ausmachen: funktionierendes Vereinsleben, bezahlbare Mieten und ein sicheres Umfeld. Verkehrstechnische Erschliessung, öffentlicher Verkehr, Velorouten, motorisierter Verkehr und die Unterstützung des Gewerbes kosten Geld, bringen aber viel zurück. Zufriedene Einwohner bleiben, ziehen ihre Kinder hier gross, bezahlen Steuern und nutzen lokale Dienstleistungen.

Wer jetzt kürzt, spart kurzfristig. Langfristig zahlt die Gemeinde den Preis: verlotterte Infrastruktur, wegziehende Familien, überlastete Sozialwerke und sinkende Attraktivität. Der Gemeinderat sagt deshalb klar "Nein" zu solchen Kürzungen. Wenn wir das Rückgrat unserer Gemeinde beschädigen, merken wir das schnell. Leere Schulzimmer, überlastete Sozialdienste und sinkende Lebensqualität sind die Folge.

Für den Schutz dieses Rückgrats zollen wir, SP, Grüne und Gewerkschaften, dem Gemeinderat grossen Respekt. Danke, dass sie sich klar für ein attraktives, lebendiges und zukunftsgerichtetes Ostermundigen einsetzen. Geht es Ostermundigen gut, geht es auch den Mundigerinnen und Mundigern gut.

Mein Appell: Sparen wir nicht an der falschen Stelle. Investieren wir dort, wo es wirklich zählt. Ein Ostermundigen, das nicht nur funktioniert, sondern in dem alle gerne leben. Jeder Franken, den die Gemeinde investiert, fliesst laut Studien mit dem Faktor 1,2 bis 1,5 zurück. Das ist echter "Return on Investment".

Christoph Leiser (FDP): Die FDP-Fraktion dankt allen Abteilungen für die grosse Arbeit, die wir hier vor uns haben. Das ist nicht selbstverständlich. Es wurde nicht ganz freiwillig gemacht, denn wir haben es schlussendlich verlangt.

Was ist das Ergebnis dieser Liste? Vor allem, dass alle relativ nervös geworden sind. In der "Bantiger Post" konnte man lesen, die böse rechte Seite wolle überall sparen. Man wolle die Schulhäuser nicht mehr putzen, das Freibad schliessen und die Schulsozialarbeit abschaffen. Das ist meiner Meinung nach nicht wahr.

Ich bin überzeugt, dass das Parlament heute Abend an den vorher genannten Bereichen sicher nicht sparen oder sie abschaffen wird. Wir haben jetzt die Liste auf dem Tisch und können sehen, wo man überhaupt sparen könnte, wenn man will. Das ist jetzt der politische Diskurs. Die Frage ist: Will man sparen, wie viel will man sparen, wann will man sparen oder lässt man es sein?

Ostermundigen hat nicht primär ein Einnahmenproblem. Vielmehr steigen die Ausgaben überproportional. Das ist schwarz auf weiss dokumentiert.

Ich stimme dem zu, was Peter Buri gesagt hat: Ostermundigen muss ein Ort bleiben, an dem man sich wohlfühlt. Ob es dabei noch immer ein Ort mit relativ hohen Steuern ist, ist Ansichtssache.

Die FDP wird künftig gezielt Motionen einreichen, wo man möglicherweise sparen könnte. Es ist legitim, gewisse Leistungen der Gemeinde zu hinterfragen oder zu diskutieren. Aber es besteht keine Gefahr, dass Ostermundigen durch Sparmassnahmen kaputt geht.

Schwarz auf weiss könnte man über sechs Millionen Franken einsparen, ob das sinnvoll ist oder nicht. Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, aber wir haben jetzt zumindest einen Punkt zur Diskussion.

Ich glaube, es dämmert langsam, dass man in Zukunft keine "nice-to-have" Projekte mehr erwarten kann. Es geht um das Notwendige.

Wir werden sehen, wie die Diskussion verläuft.

Adrian Rutsch (SVP): Man müsse ein wenig sparen, das konnte ich letzte Woche in der "Bantiger Post" nachlesen. Es wird von einer erzwungenen Sparübung von 1,5 Millionen Franken gesprochen. Mit keinem Wort wird erwähnt, dass das vorgelegte Budget ein Defizit von 2,7 Millionen Franken aufweist.

Die Kosten steigen, alles wird teurer. Auch die Gemeinde muss sparen. Ich als Unternehmer muss sparen, die Gemeinde sollte es vielleicht ebenfalls.

Zu Punkt 14 bei den Entlastungsmassnahmen: In meinem Unternehmen habe ich vor zwei Jahren die Grundreinigungsintervalle verdoppelt. Ich habe vorher Bedenken gehabt, dass es Probleme geben könnte. Es ist aber nichts passiert.

Die Verwaltung hat in der Geschäftsprüfungskommission angegeben, dass von den 222'000 Franken Entlastungspotenzial etwa 120'000 Franken die Fremdleistungen betreffen, also die Grundreinigungen durch Dritte. Die restlichen 102'000 Franken betreffen interne Kosten, also eigenes Personal. An diesen internen Kosten kann man kaum schrauben. Diese Mitarbeitenden bleiben weiterhin tätig.

Das bedeutet: Der ordentliche Unterhalt der Schulhäuser und der Verwaltung ist weiterhin gewährleistet. Eine Verdoppelung des Reinigungsintervalls führt nicht zu Verwahrlosung.

Bei 120'000 Franken, wenn man eventuell eine Rückstellung macht und die Massnahme erst nächstes Jahr umsetzt, spart man pro Jahr 60'000 Franken.

- Die SVP-Fraktion stellt deshalb folgenden **Änderungsantrag Nr. 2, zur Entlastungsmassnahme Nr. 14:**

Die Grundreinigung der Gebäude nur noch alle zwei Jahre durchführen (Entlastung: CHF 120'000 Franken; nicht 222'000 Franken wie ursprünglich in den Unterlagen angegeben).

Ulrich Steiner (SVP): Nebst dem Grundreinigungsintervall, den wir verlängern könnten, habe ich verschiedene weitere Anträge.

- Zur Entlastungsmassnahme Nr. 16: Dabei geht es um Aus- und Weiterbildung des Personals. Schaut man auf die Rechnungen und das Budget, lag diese Position von 2022 bis 2023 im Schnitt bei 200'000 Franken, 283'000 Franken, 402'000 Franken und 439'000 Franken. Eine Reduktion um 35% würde uns wieder auf die Höhe der Rechnung 2024 bringen, nämlich etwa 285'000 Franken.

Diese Reduktion erscheint vertretbar. Pro Kopf bleibt weiterhin genügend Budget für Führung und Weiterbildung. Das Aus- und Weiterbildungsbudget 2026 kann damit auf dem Niveau von 2024 bleiben.

Die SVP-Fraktion stellt deshalb folgenden **Änderungsantrag Nr. 3, zur Entlastungsmassnahme Nr. 16:**

Eine Reduktion des Aus- und Weiterbildungsbudgets um 35%.

- Zur Entlastungsmassnahme Nr. 17: Dabei geht es um die Defizitgarantie der Gemeinde Ostermundigen für das Mundigenfest. Wir stellen fest, dass die Festmeile des Mundigenfests von Jahr zu Jahr schrumpft. Heute beschränkt sich das Angebot vor allem auf Foodstände, Vereinsstände und Stände politischer Parteien. Abends gibt es ein Konzert für einheimische und auswärtige Jugendliche.

Wir sind der Meinung, dass das Mundigenfest gut mit dem Streetfoodfestival kombiniert werden könnte. Eine Weiterführung der Defizitgarantie ist aus unserer Sicht unnötig. Der erforderliche Marktbereich könnte ohne weiteres an der Mittelstrasse oder im Hof am Schulhaus Bernstrasse konzentriert werden. Dadurch entfällt auch die teure Umleitung des Busses an diesem Tag.

Die SVP-Fraktion stellt deshalb folgenden **Änderungsantrag Nr. 4, zur Entlastungsmassnahme Nr. 17:**

Die Defizitgarantie für das "Mundige Fescht" soll gestrichen werden.

- Zur Entlastungsmassnahme Nr. 22: Es geht um die Zusammenarbeit mit der Eventagentur "Zone B". Wir sind der Meinung, dass das Mundigenfest neu durchdacht werden muss. Deshalb macht es Sinn, zusammen mit dem Verzicht auf die Defizitgarantie auch die Zusammenarbeit mit der Agentur "Zone B" zu sistieren. So könnten 46'000 Franken eingespart werden.

Die SVP-Fraktion stellt deshalb folgenden **Änderungsantrag Nr. 5, zur Entlastungsmassnahme Nr. 22:**

Auf die Eventagentur "Zone B" ist zu verzichten (Streichung des Budgetpostens Konto Nr. 220.3132.00).

- Zur Entlastungsmassnahme Nr. 21: Dabei geht es um die externe Beratung für die Einführung neuer Schulmodelle. Wir glauben, dass sich die Lehrkräfte sehr kompetent und prägend eingebracht haben. Es wäre sinnvoll, wenn sie eine erste Pilotphase eigenständig durchführen. Danach könnte gegebenenfalls die externe Beratung hinzugezogen werden. Dadurch könnten 50'000 Franken im Budget 2026 eingespart werden.

Die SVP-Fraktion stellt deshalb folgenden **Änderungsantrag Nr. 6, zur Entlastungsmassnahme Nr. 21:**

Die externe Beratung und Begleitung für die Einführung der neuen Schulmodelle wird um ein Jahr verschoben.

- Zur Entlastungsmassnahme Nr. 25: Der Betrag von 30'000 Franken ist als Reserve vorgesehen, falls bei der Liquidation der alten Personalvorsorgestiftung noch juristische Probleme auftreten. Wir halten es für nicht notwendig, diesen Betrag jetzt zu budgetieren. Falls er gebraucht wird, kann ein Nachkredit bewilligt werden.

Die SVP-Fraktion stellt deshalb folgenden **Änderungsantrag Nr. 7, zur Entlastungsmassnahme Nr. 25:**

Keine Budgetierung auf Vorrat, Streichung dieses Budgetpostens und Nachkredit beantragen falls erforderlich.

- Zur Entlastungsmassnahme Nr. 28: Dabei geht es um die Anschaffung eines zusätzlichen Elektroautos für die Abteilung Tiefbau. Begründet wird dies mit der Einschränkung der Mobilität durch den Umzug ins Zivilschutzzentrum. Für uns ist diese Begründung nicht stichhaltig.

Die SVP-Fraktion stellt deshalb folgenden **Änderungsantrag Nr. 8, zur Entlastungsmassnahme Nr. 28:**

Vorläufig keine Anschaffung eines zusätzlichen E-PW für die Abteilung Tiefbau und somit Streichung dieses Budgetpostens.

Myriam Zürcher (EVP): Ich verstehe gut, dass dieses Thema viele bewegt. Ich unterstütze das Votum von Benjamin Gimmel. Ich möchte kurz auf einige Punkte eingehen, die vorhin von der SVP erwähnt wurden.

Wir haben ebenfalls einen Änderungsantrag zur Massnahme Nr. 16. Eine Kürzung von 35% unterstützen wir auf keinen Fall. Aus- und Weiterbildungen sind wichtig und notwendig. Wir könnten jedoch eine Kürzung von 10% mittragen. Das wäre unser Vorschlag, falls man die Massnahme nicht vollständig streichen möchte.

Zum Mundigenfest: Auch wir haben uns dazu Gedanken gemacht. Wir haben gehört, dass die Massnahmen 17 und 22 eng zusammenhängen. Wir würden es begrüssen, wenn man diese Punkte gemeinsam betrachten könnte. Formell geht das wohl nicht, aber man könnte eine Reduktion der Kosten um 30% anstreben. Aus unserer Sicht wäre vor allem der Budgetposten für die "Zone B" dafür geeignet. Dieser Posten könnte am ehesten reduziert werden.

Es geht uns nicht darum, etwas abzuschaffen oder das Fest grundsätzlich infrage zu stellen. Wir wissen, dass dabei Kosten entstehen. Unsere oberste Priorität ist jedoch, dass das Mundigenfest bestehen bleibt. Die starke Reduktion, die die SVP fordert, unterstützen wir nicht.

Eine moderate Reduktion um etwa 30% wäre für uns hingegen akzeptabel. Wir stellen dazu heute Abend aber keinen Antrag.

- Zur Massnahme 25: Diese wurde bereits erwähnt. Sie steht auch auf unserer Liste. Wenn dazu keine weiteren Argumente kommen, werden wir diese Massnahme unterstützen. Sollten neue Informationen auftauchen, wären wir bereit, unsere Meinung zu überdenken.

Die EVP-Fraktion stellt deshalb folgenden **Änderungsantrag Nr. 9, zur Entlastungsmassnahme Nr. 16:**

Eine Reduktion des Aus- und Weiterbildungsbudgets um 10%.

Marcel Falk (SP): Ich möchte mich zu zwei dieser Anträge äussern. Zuerst gehe ich auf den Antrag der Mitte von Michael Mitter ein. Aus meiner Sicht ist das genau die Art Sparvorhaben, die wir vermeiden sollten. Es ist ein reines Zahlenspiel. Du hast einfach minus 30% gesetzt. Ich behaupte das jetzt so, du kannst mich später gerne korrigieren. Aber ich habe den Eindruck, dass nicht klar ist, was diese Kürzung tatsächlich auslöst.

Wir haben in der Antwort des Gemeinderates gehört, weshalb wir Leistungen von Dritten benötigen. In der Antwort wurde gut erklärt, dass wir für viele Aufgaben externe Expertisen brauchen. Teilweise sind es sogar Verpflichtungen, die wir einkaufen müssen. Darum ist das keine mutige, sondern eine blinde Sparmassnahme. Wir wissen nicht, welche Folgen sie hat. So sollten wir nicht vorgehen. Ich hoffe, der Gemeinderat erklärt später noch, was solche Kürzungen alles auslösen könnten.

Ich möchte kurz etwas zu Punkt 14 sagen, zur Grundreinigung. Es ist unbestritten, dass saubere öffentliche Gebäude und Schulen wichtig sind. Man fühlt sich wohler und lernt besser in gepflegten Räumen. Wenn es schmutzig ist, steigt das Risiko für Littering und Vandalismus. Wir alle wissen, dass die Schulen heute schon sehr dicht belegt sind und gut geführt werden.

Die Frage, was passiert, wenn man weniger reinigt oder die Grundreinigung reduziert, ist offen. Man kann diese Frage stellen. Man kann das einmal prüfen. Aber wir sollten nicht einfach jetzt im Budget kürzen und dann abwarten, ob es ein bisschen schmutziger wird. Das ist nicht sinnvoll. Stattdessen könnte man einen Vorstoss einreichen und eine seriöse Abklärung verlangen. Erst dann könnte man auf einer guten Grundlage entscheiden, ob und wo man sparen kann.

Kerstin Kistler (SP): Ich möchte gerne etwas zu Punkt 22 sagen, also zur Beratungsfirma. Das Mundigenfest ist seit vielen Jahren ein Höhepunkt in unserem Dorf und in unserem Stadtleben. Es ist ein Ort der Begegnung, der Freude und des gemeinsamen Zusammenseins. Es ist ein Anlass, an dem wir feiern, was unsere Gemeinde ausmacht: Zusammenhalt, Tradition und ein starkes Gemeinschaftsgefühl.

Aus finanziellen Gründen soll nun auf die Beratungsfirma verzichtet werden. Was auf den ersten Blick wie eine einfache strukturelle Anpassung aussieht, hat jedoch tiefgreifende Auswirkungen auf den gesamten Anlass. Die Streichung der externen Unterstützung bedeutet, dass wir künftig viel stärker auf freiwillige Helfer angewiesen sind.

Wir alle wissen, wie schwierig es heute ist, Freiwillige zu finden. Viele Menschen sind beruflich stark belastet. Andere haben familiäre Verpflichtungen oder scheuen zusätzliche Verantwortung. Das ist verständlich. Aber es führt dazu, dass immer dieselben Personen am Limit laufen. Diese Personen sind vor allem Mitarbeitende der Gemeinde, die das Fest organisieren.

Wenn uns die freiwilligen Hände fehlen, verliert das Fest entscheidende Elemente. Es gibt weniger Vielfalt, weniger Angebote und weniger Atmosphäre. Genau das ist die Sorge, die uns bewegt. Ein kleinerer Anlass bedeutet weniger Begegnungen und weniger Miteinander. Am Ende ist das ein Verlust für unsere ganze Gemeinde.

Der Verzicht auf die Beratungsfirma spart kurzfristig Geld. Langfristig kostet er uns jedoch etwas viel Wertvolleres: die Möglichkeit, ein lebendiges Fest zu gestalten, das Menschen verbindet und unser Dorf oder unsere Stadt stärkt. Ein Fest ist nicht nur ein Budgetposten. Es ist ein Stück Identität.

Peter Stettler Ruess (SP): Ich möchte etwas zum Posten 21 sagen. Die SVP schlägt vor, diesen auf das nächste Jahr zu verschieben. In den Sekundarschulen von Ostermundigen wird jedoch das neue Schulmodell "Twann" eingeführt. Die Einführung läuft bereits seit Beginn dieses Schuljahres mit den ersten Klassen.

Dieses Modell bringt viele Veränderungen mit sich. Für Schülerinnen und Schüler, für Eltern und für die Lehrpersonen entstehen Unsicherheiten. Zwar wird dieses Modell an anderen Orten bereits angewendet, doch die Umsetzung in Ostermundigen ist neu. Wie es hier eingeführt und kommuniziert wird und welche Auswirkungen es konkret hat, muss sorgfältig überprüft werden.

Genau dafür ist eine externe Evaluation vorgesehen. Sie soll sicherstellen, dass während der laufenden Einführung noch Verbesserungen und Kurskorrekturen möglich sind. Deshalb ist es sinnvoll, diese Evaluation bereits im Jahr 2026 zu starten.

Ich arbeite unter anderem in diesem Bereich und weiss aus Erfahrung, dass Evaluationen oft zu spät beginnen. Wenn der Prozess schon vorbei ist, kann man kaum noch nachsteuern. Damit das hier nicht passiert, muss die Evaluation rechtzeitig geplant und gestartet werden.

Der genannte Budgetposten ist für diese externe Begleitung vorgesehen. Es macht daher keinen Sinn, ihn zu verschieben. Als Mitglied der Schulkommission lehne ich diesen Antrag ab. Die SP-Fraktion ebenfalls.

Mattia Mordasini (SP): Ich möchte beim Thema Reinigungseinschränkungen erklären, wie es in anderen Gemeinden läuft. Ich arbeite selbst in diesem Bereich und habe viel mit diesen Fragen zu tun. In den Gemeinden, in denen ich tätig bin, wollte man ebenfalls einfach so bei der Reinigung sparen. Man hat ohne genaue Abklärung gekürzt.

Die Folgen waren gravierend. An einem Standort hatten wir zwei Jahre lang keinen Hauswart mehr. Dann kam endlich jemand, der aber wieder ging, weil er sagte, dass der Job nicht hundert Prozent, sondern eher hundertfünfzig Prozent Arbeit bedeute. Jetzt, nach zwei Jahren, wurde die Stelle neu berechnet, und es konnte wieder ein Hauswart eingestellt werden. Das zeigt deutlich, wie angespannt die Situation ist.

Die Reinigung der Schulhäuser ist schon heute zu knapp bemessen. Ich lade alle ein, einmal selbst in ein solches Schulhaus zu gehen. Dort sieht man sehr schnell, wie viel Arbeit anfällt. Der Beruf des Hauswirts ist heute anspruchsvoll. Die Anforderungen sind hoch und die Arbeitsbelastung ist enorm.

Aus meiner Sicht sollten wir hier auf keinen Fall sparen. Das wäre für unsere Kinder spürbar. Die Schulhäuser müssen funktionieren. Die pädagogischen Anforderungen steigen und auch der Besuch der Bildungsdirektion heute hat gezeigt, welche Herausforderungen auf die Schulen zukommen.

Ich möchte etwas zu den Weiterbildungen und zu den externen Fachpersonen sagen. Es wird oft gefordert, bei externen Beratern und Weiterbildungen zu sparen. Das ist aber nicht realistisch. Unsere Mitarbeitenden brauchen Weiterbildung. Ich arbeite selbst als externer Ausbilder und weiss genau, dass viele Themen nicht intern vermittelt werden können. Es braucht Fachwissen von aussen.

Wenn wir an den Weiterbildungen sparen, schaden wir langfristig der Gemeinde. Das betrifft die Qualität der Arbeit, die Belastung des Personals und die Fähigkeit, neue Anforderungen umzusetzen. Das gilt auch im Sozialbereich. Dort entstehen oft neue Aufgaben durch kantonale Vorgaben. Dann braucht es Schulungen, damit die Mitarbeitenden diese Aufgaben bewältigen können.

Bei den Schulen ist es noch deutlicher. Wenn ein neues Schulmodell eingeführt wird, braucht es externe Fachpersonen, die Erfahrung haben und den Prozess begleiten können. Keine Schule schafft einen solchen Modellwechsel allein. Ohne Unterstützung entsteht Unsicherheit, Frust und im schlimmsten Fall Chaos. Die Folgen spüren am Ende die Kinder, die Lehrpersonen und die ganze Schule.

Deshalb sagen wir als SP-Fraktion und Grüne klar: Wir wollen weder bei den Weiterbildungen noch bei den externen Beratungen sparen. Das wäre falsch. Es wäre undifferenziert und kurzfristig. Wir wollen eine Gemeinde, die in die Zukunft schaut, mutig ist und gute Rahmenbedingungen schafft. Dafür braucht es gute Mitarbeitende und die richtigen Ressourcen. Nur so bleibt die Qualität erhalten.

Sandra Löhner-Marti (Mitte): Voll einverstanden bin ich beim Thema Aus- und Weiterbildung des Personals. Die Gemeinde muss als Arbeitgeberin in Zeiten von Fachkräftemangel besonders gut zu ihrem Personal schauen. Weiterbildung gehört unbedingt dazu.

Nicht einverstanden bin ich aber beim Punkt der externen Honorare. Unsere Kürzung bedeutet keine Streichung. Uns ist wichtig, dass wir zuerst die eigenen Leute fördern. Wenn jemand intern die nötigen Fähigkeiten oder Weiterbildungen hat, soll diese Person die Aufgabe übernehmen. Erst wenn das nicht möglich ist, soll jemand Externes beigezogen werden.

Unser Antrag fordert also: zuerst intern hinschauen. Prüfen, ob wir die Aufgabe mit bereits ausgebildeten Mitarbeitenden lösen können. Wenn das nicht gelingt, kann man weiterhin externe Unterstützung holen. Es geht nicht um einen Verzicht, sondern um eine sorgfältigere Prüfung.

Zum Mundigenfest möchte ich noch etwas sagen. Die Fusion wurde von der Stimmbevölkerung abgelehnt. Gerade deshalb finde ich es wichtig, dass die Gemeinde das Dorfleben und die Gemeinschaft stärkt.

Für mich - und das ist meine persönliche Meinung - gehört das Mundigenfest dazu. Es fördert genau diese Gemeinschaft. Darum sollte man dort nicht sparen.

Dorothea Züllig von Allmen (glp): Die GLP hat es bereits gesagt: Wir stimmen diesen Streichungen nicht zu. Nicht, weil wir mutlos sind, sondern weil wir es für sinnlos halten, heute irgendeine Zahl in die Luft zu werfen. Zehn, zwanzig oder dreissig Prozent zu kürzen, ohne zu wissen, wo diese Kürzungen stattfinden und welche Folgen sie haben, bringt nichts.

Ebenso wenig sinnvoll finden wir es, Kredite zu streichen, nur weil wir nicht wissen, ob sie tatsächlich gebraucht werden. Wenn sie benötigt werden, stimmen wir dem Kredit ohnehin zu. Die Abteilungen haben diese Budgetierungen zusammen mit der Finanzabteilung nicht einfach frei erfunden. Sie haben sorgfältig gearbeitet. Darauf müssen wir vertrauen. Wenn ein Budgetposten hier auftaucht, hat das einen Grund. Deshalb streichen wir nicht willkürlich etwas, weil vielleicht etwas nicht eintrifft. Rechnet die Abteilung damit und es erscheint am Ende nicht in der Jahresrechnung, umso besser.

Ein Appell an den Gemeinderat und die Abteilungen: Es ist wichtig, bei der Budgetierung streng vorzugehen. Im Parlament ist eine Veränderung in der Haltung erkennbar. Wir schauen hin. Wir schauen auch nächstes Jahr hin. Es werden entsprechende Interpellationen und Motionen eingereicht. Ja, wir müssen die Zügel etwas anziehen. Aber wahlloses Streichen nur damit wir etwas gespart haben, macht für uns keinen Sinn.

Zum Mundigenfest möchte ich noch eine persönliche Bemerkung machen. Als ich hierhergezogen bin, gab es neben dem Mundigenfest, das damals Herbstmarkt hiess, auch einen Weihnachtsmarkt. Und das war der traurigste Anlass, den ich je erlebt habe. Es regnete oder schneite, es gab ein paar liebevoll organisierte Stände, aber es war kein richtiger Markt. Der Anlass ist im Laufe der Zeit nicht mehr durchgeführt worden, da er nicht mehr genügend Unterstützung fand.

Heute haben wir ein professionell organisiertes Mundigenfest. Ja, es kostet Geld, und ja, eine Firma verdient damit etwas. Wir als Familie sind an diesem Tag an drei Orten gleichzeitig tätig. Wir springen von Stand zu Stand. Wenn ich mit Oliver Tamàs den GLP-Stand organisiere, finde ich das schon anstrengend genug. Wie sollen wir es schaffen, ein ganzes Fest für Ostermundigen zu organisieren? Wir unterstützen, indem wir etwas konsumieren. Mehr können wir ehrlich nicht leisten.

Die jungen Menschen sollen an dieses Fest kommen. Dafür braucht es Musik am Abend. Der Jodelchor darf auftreten, aber allein reicht das nicht. Wir brauchen Angebote, die Menschen anziehen, die vielleicht später entscheiden, hier zu wohnen und hier zu bleiben. Darum müssen wir in dieses Fest investieren. Und ich finde, für die letzten zwei Jahre darf man wirklich einmal applaudieren.

Hans Peter Friedli (SVP): Ich war mehrere Jahre im Organisationskomitee des Mundigenfests, das hauptsächlich von Freiwilligen getragen wurde. Für die Firma, die das Fest organisiert, sind 46'000 Franken vorgesehen. Ich habe mir überlegt: Bei einem Stundenlohn von 120 Franken, was noch sehr grosszügig gerechnet ist, entspricht das knapp 400 Stunden Arbeit. Das bedeutet, eine Person könnte zweieinhalb Monate damit beschäftigt sein. Ich finde das einfach unverhältnismässig. Das soll nur ein kleiner Hinweis und Denkanstoss sein.

Feller Daniela: Es wird ein fünfminütiges "Time Out" verlangt, das führen wir nun kurz durch.

P a u s e

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Wir fahren mit der Sitzung fort. Es wird noch kurz vom Ratsbüro nachgefragt, ob die Änderungsanträge weiterhin aufrechterhalten bleiben. Die Änderungsanträge werden aufrechterhalten.

Sandra Löhner-Marti (Mitte): Die Frage lautet, ob die SVP bereit wäre, bei den Positionen Nummer 22 und Nummer 25 statt einer Komplettstreichung eine Reduktion um 30% zu akzeptieren.

- Sandra Löhner-Marti stellt deshalb folgenden **Änderungsantrag Nr. 10, zur Entlastungsmassnahme Nr. 22:**

Das Konto Nr. 220.3132.00 ist um 30% zu kürzen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Der Antrag der Mitte betrifft die pauschalen Kürzungen der verschiedenen Positionen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass lineare Pauschalkürzungen wenig bringen. Wenn das Geld später tatsächlich benötigt wird und jetzt gestrichen wird, müssen Nachkredite beantragt werden. Gerardo Grasso wird gleich noch erklären, warum das so ist. Solche Nachkredite verursachen zusätzlichen Personalaufwand. Die Abteilungen müssen Zeit aufwenden, die sie besser anders nutzen könnten.

Ein konkretes Beispiel aus der Präsidialabteilung, Konto Nr. 112: Hier geht es um 95'000 Franken, von denen 28'500 Franken gestrichen werden sollen. Dieser Betrag wird für Mehrwertabschöpfungsschätzungen benötigt, die von Fachleuten durchgeführt werden. Zum heutigen Zeitpunkt kann niemand genau sagen, was 2026 benötigt wird und was nicht. Solche Mehrwertabschöpfungen können in der Regel Millionenbeträge betreffen.

Wenn man hier kosmetisch kürzt, entstehen später zusätzliche Personalaufwände. Deshalb lehnt der Gemeinderat den Pauschalantrag konsequent ab. Wir sind unabhängig von den zwei Budgetprozessrunden, die wir durchgeführt haben, sehr sorgfältig bei der Vergabe externer Mandate. Wir prüfen diese Vergaben genau.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Ich möchte zuerst kurz auf die Listen und das Votum der SVP eingehen. Es gab eine Mischung aus Steuerhaushalten und gebührenfinanzierten Posten. Bei gebührenfinanzierten Posten wie Abfall, Wasser oder Abwasser sind pauschale Kürzungen nicht möglich. Diese Gelder sind gebunden und dienen nur dazu, die tatsächlichen Kosten zu decken. Ziel ist es nicht, Gewinne zu erzielen, sondern eine Kostenwahrheit herzustellen. Wenn Reserven vorhanden sind, sollen diese abgebaut werden. So wird klar, dass diese Posten nicht zur Deckung des Defizits im allgemeinen Haushalt dienen.

Beim Thema externe Berater und Gutachter ist ebenfalls Vorsicht geboten. Im Tiefbau zum Beispiel sind solche Leistungen für Projekte unverzichtbar. Dazu gehören Grossprojekte wie der Fussball-Campus, Arealentwicklungen oder Fernwärmeprojekte. Externe Unterstützung wird auch benötigt, wenn Stellen wie die Dienststellenleitung Infrastruktur nicht besetzt sind. Ohne diese Ressourcen könnten Projekte nicht umgesetzt werden.

Auch fachliche Unterstützung von Verkehrsplanern, Geologen oder Juristen ist notwendig. Juristisches Wissen wird zum Beispiel für Verkehrsknotenpunkte, Wegleitungen, Dienstbarkeiten oder Erschliessungen gebraucht. Ein "Brainstorming" allein reicht hier nicht aus. Wer diese externen Gutachten kürzt, riskiert höhere Kosten durch Nachkredite und zusätzlichen Aufwand.

Externe Fachleute sind kein Luxus. Sie ermöglichen punktuelle Einsparungen, weil die Gemeinde so nicht alles "in-house" abdecken muss. Wäre das Wissen intern vorhanden, wäre es deutlich teurer.

Grundsätzlich gilt: Wir handeln sparsam und verantwortungsvoll. Der Gemeinderat verhandelt hart über jede Ausgabe. Externe Gutachten werden gezielt und nur dort eingesetzt, wo sie wirklich nötig sind.

Das Parlament ist herzlich eingeladen, sich ein eigenes Bild von der Arbeit im Tiefbau zu verschaffen. Die Mitglieder können einen Tag in der Abteilung verbringen oder den Werkhof besuchen. Dort erhalten sie vielfältige und direkte Einblicke in den Arbeitsalltag.

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (glp): Die Problematik liegt darin, dass vieles in einem Topf zusammengefasst wird. Ich kann nachvollziehen, dass dies für den Grossen Gemeinderat manchmal wenig transparent wirkt. Besonders bei den Kosten von Dritten denkt man zunächst an teure Expertisen. Tatsächlich müssen wir solche Expertisen manchmal einkaufen.

Ich stimme Bettina Fredrich zu: Externe Fachleute werden oft benötigt, weil uns das "Know-how" intern fehlt. Es lohnt sich nicht, für einzelne Geschäfte jemanden fix anzustellen. Ein Beispiel aus unserer Sozialhilfe: Wir benötigen juristische Beratung für Klientinnen und Klienten. Sozialversicherungsverfahren sind hochkomplex. Intern haben wir nur eine kleinprozentige Juristenstelle, die alles abdeckt. Viele Fälle kann diese Juristin selbst bearbeiten.

Wir könnten eine 100-Prozent-Stelle schaffen, aber das wäre langfristig teurer, als wenn wir ein- bis dreimal pro Jahr Externe beiziehen.

Ein weiterer Punkt betrifft die Abrechnung. Wir haben ein strenges System für Personalkosten und Stellenverwaltung. Eine neue Stelle kann nicht einfach gebucht werden. Wenn jemand längerfristig ausfällt, zum Beispiel im Kinderschutz, kann das Team dies nur zeitlich begrenzt auffangen. Dann wird eine befristete Aushilfe nötig. Diese muss über das Konto "Kosten von Dritten" abgerechnet werden.

Auch bei heiklen Dossiers im Kinder- oder Erwachsenenschutz ist eine externe Expertise manchmal notwendig. Zum Beispiel eine Zweitmeinung, bevor einschneidende Massnahmen ergriffen werden.

Ich bin überzeugt, dass niemand die einzelnen Ausgaben infrage stellen würde, wenn sie die Details sehen würden. Hier kommt wieder der Punkt Transparenz ins Spiel. Alle Fraktionen haben Mitglieder in den Kommissionen. Sowohl Budget als auch Rechnung werden dort vorberaten. So kann jede Buchung nachvollzogen werden.

Wenn danach konkrete Handlungsfelder erkannt werden, können fundierte Anträge gestellt werden. Pauschale Kürzungen, wie 30'000 Franken auf jedem Konto, würden die Erfüllung unserer Aufgaben stark einschränken. In vielen Bereichen sind diese Ausgaben gesetzlich vorgeschrieben. Ohne Zugriff auf diese Gelder würden wir nicht günstiger, sondern am Ende teurer arbeiten.

Danke, wenn der Antrag der Mitte-Fraktion nicht unterstützt wird.

Departementsvorsteherin Hochbau Emsale Selmani (SP): Ich möchte mich gerne zum Votum von Adrian Rutsch äussern, das den Intervallwechsel der Grundreinigung betrifft. Dabei möchte ich einen wichtigen Punkt klarstellen. Wir haben einen Posten von 220'000 Franken für Leistungen an Dritte eingereicht. Das stimmt so aber nicht. Die tatsächlichen externen Dienstleistungen betragen 120'000 Franken. Die übrigen 100'000 Franken fliessen in die Löhne unseres Reinigungspersonals. In dessen Arbeitsverträgen sind bereits 84 Stunden für die Grundreinigung pro Jahr vorgesehen.

Ein Intervallwechsel hätte weitreichende Folgen. Alle rund 38 Reinigungsangestellten müssten eine Änderungskündigung erhalten, weil sie diese 84 Stunden nicht mehr jährlich leisten könnten.

Ich möchte auf das Votum von Mattia Mordasini eingehen. Er hat aus eigener Erfahrung über den Arbeitsalltag der Hauswarte gesprochen. Das kann ich aus Ostermundigen bestätigen. Die Lehrpersonen und die Vereine stellen hohe Ansprüche an unser Hauswarte- und Reinigungspersonal. Wenn ein Raum benötigt wird, dann muss er bereitstehen. Unsere Hauswarte sorgen dafür, dass der Unterricht und die Vereinstätigkeiten stattfinden können.

Aus unserer Sicht braucht es weiterhin Dienstleistungen von externen Firmen. Früher haben wir für die Grundreinigung Schülerinnen und Schüler oder anderes temporäres Personal angestellt. Der Aufwand war aber deutlich höher als die 120'000 Franken für die externen Firmen heute. Unsere Hauswarte und die Personalabteilung mussten Bewerbungen prüfen, Gespräche führen und Verträge erstellen. Oft kam es vor, dass jemand am Tag der Grundreinigung einfach nicht erschien. Dann mussten wir kurzfristig Ersatz suchen oder selbst einspringen.

Zudem mussten unsere Hauswarte die temporären Mitarbeitenden instruieren und beaufsichtigen. Eine professionelle Grundreinigung ist anspruchsvoll. Dazu gehören zum Beispiel Fensterreinigungen und die Kontrolle von Gummidichtungen. Das alles braucht Fachwissen und Zeit. Während unsere Hauswarte damit beschäftigt waren, fehlten sie an anderen Orten. So kamen zusätzliche Stunden zusammen.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Hans Wipfli (SVP): Aus- und Weiterbildung ist teuer. Das wissen wir. Im Zeitalter des Fachkräftemangels ist sie jedoch notwendig. Wir können glücklicherweise alle Lehrerinnen und Lehrer in unseren vier, bald fünf Schulhäusern einsetzen. Das ist nicht überall selbstverständlich.

Wir hatten Wechsel in den Schulleitungen und in den nächsten Jahren werden weitere folgen, durch Pensionierungen oder Wegzüge. Deshalb versuchen wir eigene Mitarbeitende weiterzuentwickeln und so die entstehenden Lücken zu füllen. Das ist deutlich günstiger, als externe Personen einzustellen, die wir nicht kennen. Wenn wir unsere Leute aus- und weiterbilden, leisten wir einen finanziellen Beitrag. Im Gegenzug verpflichten sie sich eine gewisse Zeit bei uns zu bleiben. Gleichzeitig schaffen wir Perspektiven, damit sie langfristig im Amt bleiben. Dieses Vorgehen hat bisher gut funktioniert und Ostermundigen konnte alle Stellen besetzen.

Der Schulmodellwechsel dauert drei Jahre. Für eine Evaluation, oder in diesem Fall für zwei, braucht es spezielles Fachwissen, das wir intern nicht haben. Man muss sich bereits zu Beginn einer solchen Transformation überlegen, was man später evaluieren will. Das kann man nicht erst nach drei oder vier Jahren tun.

Zum Mundigenfest: Dieses Thema ist sehr emotional. Wir wollen ein breites Publikum ansprechen, auch die jüngeren Menschen. Die dafür nötige Professionalität haben wir intern nicht. Die freiwillige Mitarbeit der Vereine binden wir bereits ein, soweit es möglich ist. Doch allein mit freiwilliger Arbeit kann man die externe Dienstleistung nicht ersetzen. Hier muss man sich ehrlich fragen, ob man ein solches Fest wirklich will oder ob man bewusst darauf verzichten möchte.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich möchte gerne ergänzen, was Hans Wipfli vorhin zum Antrag in Position 16 gesagt hat. Er hat sehr gut erklärt, wie die Situation beim Lehrpersonal ist. Wir können das eins zu eins auf unser Personal in der Gemeindeverwaltung übertragen. Wir haben momentan das Glück, dass wir fast alle Stellen besetzen können. Wenn man sich in den Nachbargemeinden umschaute, sieht man, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist.

Wir können nicht nur beim Lehrpersonal, sondern auch in technischen Bereichen neue Mitarbeitende gewinnen, indem wir ihnen Weiterbildungsverträge anbieten. Wir nennen es nicht aktiv abwerben, aber wir können dadurch gut qualifizierte Personen zu uns holen. Wir sind überzeugt, dass wir mittelfristig gerade in Bereichen mit hohem Arbeitsvolumen weniger externes "Know-how" benötigen werden.

Ich sage es selbstkritisch: Die Arbeit mit externen Fachpersonen ist anspruchsvoll. Externe, die ein wenig länger arbeiten, werden schnell teuer. Eine der grössten Herausforderungen besteht darin, externe Dienstleister gut zu führen.

Deshalb ist die Weiterbildung für uns ein zentraler Punkt. Wir hatten damit zuletzt wieder Erfolg. Es ist noch nicht alles vollständig geregelt, aber wir konnten sämtliche Lehrstellen besetzen. Wenn man die demografische Entwicklung betrachtet, bin ich froh um jede Lernende und jeden Lernenden, den wir einstellen können.

In einigen Bereichen gibt es Kostenunterschiede. Das betrifft vor allem die Informatik, wo wir für die Grundausbildung ein externes Basislehrjahr einkaufen müssen. Dieser Betrag fällt aber nur alle vier Jahre an. Deshalb kommt es zu Schwankungen.

Aus Sicht des Gemeinderates ist klar: Diese Weiterbildungskosten können nicht gestrichen werden.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Ich komme noch einmal auf das Elektroauto zurück, das ebenfalls Gegenstand eines Streichungsantrags ist.

Wir sind von der Bernstrasse, die gut an den öffentlichen Verkehr angebunden ist, in das Zivilschutzzentrum umgezogen. Das war nötig, weil die Bernstrasse aus allen Nähten platzte. Das betrifft nicht nur die Abteilung Tiefbau, sondern auch die Abteilungen Hochbau, Finanzen und Steuern. Wir hatten dort kaum noch Sitzungsräume. Es war klar, dass wir eine Lösung brauchen. Optimal wäre langfristig ein Verwaltungszentrum. Damit könnte man tatsächlich sparen, weil die Wege kürzer wären. Aber das wird in den Jahren 2025, 2026 oder 2027 noch nicht realisiert sein.

Warum brauchen wir das Auto? Früher oder später wären wir ohnehin mit diesem Anliegen gekommen. Durch den Umzug wird es dringlicher. Im Zivilschutzzentrum arbeiten 15 Personen. Wir haben ein Velo, das wir teilen. Einige kommen mit dem öffentlichen Verkehr oder mit dem Auto und steigen vor Ort aufs Velo um. Das funktioniert teilweise gut. Wir haben auch zwei Kastenwagen. Das sind kleine, fahrende Werkstätten. Sie werden fast ausschliesslich von der Wasser- und Abwasserversorgung genutzt und sind deshalb nicht breit einsetzbar.

Wir brauchen ein Auto, weil wir heute mehr Projekte haben. Wir haben zum Beispiel den YB-Campus als Grossprojekt. Dort fallen viele Arbeiten an, zum Beispiel Vermessungen. Dafür muss man Instrumente und Werkzeuge transportieren. Das geht nicht mit dem Velo. Und wenn man nicht mit dem eigenen Auto zur Arbeit kommt, ist man auf ein Fahrzeug angewiesen.

Für uns ist es wichtig, dass wir in der Abteilung effizient arbeiten können. Dafür brauchen wir ein Fahrzeug. Wir finden es sinnvoll und zukunftsorientiert, dass es ein Elektroauto sein soll und kein Benziner. Es würde unsere Arbeit deutlich erleichtern. Es könnte zudem von anderen Abteilungen genutzt werden. Viele müssen zwischendurch schnell irgendwo hin.

In diesem Sinne: Es liegt am Parlament, ob es möchte, dass die Abläufe im Tiefbau effizienter werden oder nicht.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso (FDP): Der Gemeinderat ist sich beim Budget einig. Das ist nicht immer so. Aber in diesem Fall stehen wir geschlossen hinter dem Budget, so wie es jetzt vorliegt.

Warum sind wir uns einig? Weil wir die Positionen gemeinsam und sorgfältig beurteilt haben. Wir haben nicht jede kleinste Detailposition diskutiert, sondern das Ganze betrachtet. Ein Budget lässt sich nicht im Mikromanagement erstellen. Man kann nicht jeden einzelnen Posten auseinandernehmen. Man muss manchmal Kompromisse eingehen.

Unsere Grundannahme ist: Die Gemeinde geht haushälterisch mit den finanziellen Mitteln um. Das ist unsere klare Wahrnehmung. Die Mitarbeitenden spüren diese Haltung. Wenn das Parlament daran zweifelt, dann nimmt die Einladung an, die Bettina Fredrich zuvor ausgesprochen hat. Es lohnt sich, einen Blick in die Abteilungen zu werfen und zu prüfen, ob die Vorstellung einer verschwenderischen Ausgabenpraxis tatsächlich zutrifft. Ich behaupte das Gegenteil. Wir hinterfragen jeden Betrag immer wieder. Nur weil etwas im Budget steht, geben wir es nicht automatisch aus. Es gibt Organisationen, die das tun. Wir tun es nicht. Wir geben nur aus, wenn es nötig ist. Das wurde heute mehrfach betont. Das Vertrauen in unseren haushälterischen Umgang sollte das Parlament haben.

Jetzt zur Grundfrage: Wollen wir Wirkung erzielen und etwas erreichen? Oder wollen wir einfach ein bisschen herumkorrigieren? Wirkung erzielen wir, wenn wir gezielt und mutig vorgehen. Das gelingt am besten mit Vorstössen. Budgetkürzungen wie die hier vorgeschlagenen haben zwar einen Einfluss auf das Budget, aber kaum auf die Rechnung oder den Finanzplan. Man kürzt auf dem Papier, aber faktisch ändert sich wenig.

Viele der hier betroffenen Ausgaben sind gebunden. Einige gehören zu Spezialfinanzierungen und wirken sich nicht auf die laufende Rechnung aus. Und die sehr kleinen Korrekturen; nun ja, das ist wie das Schiessen auf eine Scheibe aus zu grosser Entfernung. Man trifft zwar irgendwo, aber die Wirkung ist gering. Wenn man 600 Franken streicht, kann der tatsächliche Effekt am Ende höher oder tiefer sein. Wir bewegen uns in einem Bereich, in dem solche Kürzungen für die Rechnung praktisch keinen Einfluss haben.

Und noch ein Wort zur Verantwortung. Ich weiss, es wirkt vielleicht etwas anmassend, aber wir alle wollen dasselbe: Einen guten Umgang mit den öffentlichen Mitteln. Wir wissen auch, dass jede Kürzung weh tut. Es gibt hier nichts Überflüssiges, das man einfach abschalten kann. Jede Kürzung trifft jemanden. Vielleicht den einen mehr, den anderen weniger. Aber sie ist spürbar.

Was ich mir wünsche, sind gut vorbereitete Vorstösse und solide Debatten in diesem Rat. Wenn das Parlament saubere und durchdachte Anträge formuliert, können wir diese ernsthaft diskutieren und uns sachlich vorbereiten. Dann haben wir am Ende gute Entscheidungen. Und so übernehmen wir Verantwortung, mit echter Wirkung und mit Blick auf die langfristige Entwicklung unserer Gemeinde.

Michael Mitter (Mitte): Ich möchte mich noch zum Vorwurf äussern, ich hätte reine "Rasenmäherpolitik" betrieben. Ein Blick ins Budget und in die Rechnung 2024 zeigt jedoch ein anderes Bild. Wenn man die Positionen unter 3132 anschaut, sieht man, dass dort in vielen Fällen locker dreissig Prozent Potenzial vorhanden gewesen wären.

Es gibt aber Ausnahmen. Beim Konto Nr. 440, das den Strassenbereich betrifft, wurde zum Beispiel ein Betrag von 30'000 Franken budgetiert. In der Rechnung 2024 lagen die tatsächlichen Ausgaben jedoch bei 311'000 Franken. Solche Konten können also deutlich überzogen werden.

Trotzdem zeigt der Durchschnitt über alle relevanten Positionen, dass die 30% Kürzung, die ich beantragt habe, im Vergleich zur Rechnung 2024 in vielen Fällen realistisch gewesen wäre.

Marcel Falk (SP): Das Gesamtbudget beträgt 120 Millionen Franken. Wir haben einige Anträge erhalten, um Einsparungen zu erzielen. Wie wir gehört haben, sind diese kaum wirksam. Selbst wenn man sie ernsthaft betrachtet, ergeben sie nur wenige hunderttausend Franken.

Es ist an der Zeit, der Realität ins Auge zu sehen. In Ostermundigen gibt es seit Jahren eine Sparkultur. Jeder Franken wird zweimal umgedreht, und die Mittel werden sorgfältig eingesetzt. Daraus folgt: Es gibt kaum weiteres Sparpotenzial. Wir tun nur das Nötige, damit die Gemeinde gut funktioniert und sich entwickeln kann. Luxuslösungen gibt es nicht, und bisher hat niemand welche gefunden.

Damit bleiben nur zwei Optionen. Entweder wir machen weiter wie bisher. Dann entstehen weiterhin kleine Defizite in Budgets und Rechnungen. Wir nehmen Fremdkapital auf, die Schulden steigen, und wir hoffen, dass die Schuldzinsen nicht stark steigen.

Die Alternative ist, auf der Einnahmenseite zu handeln. Wir schlagen vor, den Steuersatz moderat auf 1,74 zu erhöhen. Das gleicht das Budget 2026 aus, auch wenn es die Verschuldung nicht senkt. In Phasen grosser Investitionen ist eine moderate Steueranpassung üblich und sinnvoll. Je früher sie erfolgt, desto mehr finanzielle Mittel stehen zur Verfügung. Weniger Schulden und niedrigere Schuldzinsen sparen echtes Geld.

Für die Einzelnen ist die Belastung gering. Umgerechnet auf 1,5 Millionen Franken ergibt sich ein durchschnittlicher Betrag von 100 Franken pro Person.

Kritiker fragen, ob Ostermundigen damit noch attraktiv für Steuerzahlende bleibt. Der Steuersatz liegt bereits hoch, aber in der Umgebung gibt es noch höhere Steuersätze. Menschen ziehen aus anderen Gründen hierher, etwa wegen der Nähe zur Stadt. Ein moderater Anstieg schreckt niemanden ab.

- Marcel Falk stellt deshalb folgenden **Änderungsantrag Nr. 11, zur Ziffer 1 des Beschlussesantrags:**

Für die der Staatssteuer unterliegenden Steuerfaktoren (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital und Grundstücksgewinn) das 1,74-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes.

Es ist an der Zeit, diesen Schritt verantwortungsvoll zu gehen, ohne ideologische Scheuklappen.

Peter Buri (SP): Wenn ich den Voten der GLP, der Mitte und der EVP heute Abend zugehört habe, war ich ein wenig erstaunt. Zum ersten Mal hörte ich die Erkenntnis, dass es kaum möglich ist, auf der Ausgabenseite nennenswert Kosten zu sparen. Deshalb liegt es nahe, jetzt auf der Einnahmenseite anzusetzen.

Höhere Liegenschaftssteuern für die Besitzenden wären ein Weg. Diese haben bereits jetzt einen Vorteil gegenüber den Mietern, die drei Viertel der Einwohner ausmachen. Auch angemessene Preise für Gemeindedienstleistungen könnten die Einnahmen steigern. Zudem liessen sich aussergewöhnliche Massnahmen prüfen, um zusätzliche Einnahmen zu erzielen.

Ich möchte Marcel Falk den Rücken stärken. Der Steuerfuss war seit Jahren im Finanzplan vorgesehen und immer wieder hinausgeschoben worden. Eine Erhöhung von 1,69 auf 1,74 ist nun geplant. Aus buchhalterischer Sicht ist das sinnvoll. Wenn das Eigenkapital der Gemeinde wächst, brauchen wir weniger Fremdkapital für Investitionen und sparen Zinsen. Ohne Steuererhöhung gibt es keinen positiven Jahresabschluss, ohne positiven Jahresabschluss keine Eigenkapitalerhöhung und somit keine Einsparung beim Fremdkapital.

Es ist unverständlich, die Einführung eines neuen Schulsystems hinauszuzögern, nur um in einem Jahr Kosten zu senken. Damit würde an den Kindern gespart, obwohl sie unsere Zukunft sind.

Auch bei den anderen Budgetanträgen gab es viele schwierige Punkte. Kürzungen bei bestimmten Posten sind oft nicht nachvollziehbar. Externe Dienstleistungen, zum Beispiel für Rechtsgutachten, können nicht einfach gestrichen werden.

Wenn internes "Know-how" fehlt, muss dieses extern eingekauft werden. Den gewählten Vertretern den Handlungsspielraum zu nehmen, würde Ostermundigen blockieren und unattraktiv machen.

Der Gemeinderat hat bewiesen, dass er effizient arbeitet. Die Personalressourcen sind knapp. Jede Person hat ein Spezialgebiet, das unabdingbar ist. Eine Gemeinde funktioniert nicht wie ein Fließbandbetrieb, in dem man Aufgaben beliebig verschiebt.

Ich hoffe, dass uns und dem Gemeinderat im nächsten Jahr eine ähnliche Übung bei der zweiten Budgetlesung erspart bleibt. So kann genügend Zeit in die Vorarbeiten investiert werden, um Ostermundigen zukunftsfähig zu gestalten.

Luca Alberucci (glp): Der Antrag von Marcel Falk war etwas unerwartet. Die GLP hat ihn besprochen und wird einer Steuererhöhung nicht zustimmen. Die Debatte hat jedoch gezeigt, dass wir einen wichtigen Schritt vorangekommen sind. Ich möchte dem Gemeinderat ausdrücklich für die geleistete Arbeit in den letzten Monaten danken. Gleichzeitig hat die Debatte gezeigt, dass wir noch nicht am Ziel sind.

Unser Fraktionspräsident hat gesagt, dass wir noch nicht in der Lage sind, über einzelne kleinere Beträge zu entscheiden. Auch der Finanzverwalter hat dies bestätigt. Wir sind aber in der Lage, mit vertieften Vorstössen eine fundierte Debatte anzuregen. Und das werden wir tun.

Dies bedeutet aber nicht, dass wir das Potenzial haben, das Ausgabenwachstum zu senken. Heute wurde oft von "Sparen" gesprochen. Wir haben eine sehr gute Analyse von Nova Collette gesehen. Sie zeigt jedoch nur eine Seite, da sie ausschliesslich das Einnahmenproblem betrachtet.

Zur Einordnung: Die Gemeinde hat zwei Haushalte. Den allgemein steuerfinanzierten Haushalt und die Spezialfinanzierung. Wir sprechen hier nur vom steuerfinanzierten Haushalt. Dort gibt es vier grosse Bereiche: Abschreibungen, Investitionen, Transferzahlungen sowie Sach- und Personalaufwand.

In diesem Jahr lagen die Ausgaben im Sach- und Personalaufwand um 2,3 Millionen Franken höher als im Vorjahr. Dieser Trend zieht sich seit sieben Jahren durch. Es geht also nicht um Sparen im klassischen Sinn, sondern darum, das Ausgabenwachstum zu bremsen.

Meine persönliche Überzeugung ist, dass es sinnvoll ist, fundiert einzelne Positionen zu prüfen. So können wir das Ausgabenwachstum Schritt für Schritt bremsen. Auch das Einnahmenproblem muss betrachtet werden. Bei den juristischen Personen sind wir zwar schwach, aber die Entwicklungspolitik wirkt. Seit sieben Jahren sind die Einnahmen um 1,5 Millionen Franken gestiegen.

Wir sind also auf einem Einnahmenwachstumspfad. Wenn wir das Ausgabenwachstum etwas bremsen, können wir langfristig ein ausgeglichenes Budget erreichen. Der Gemeinderat hat dies gut aufgezeigt.

Die GLP wird diesem Antrag nicht zustimmen. Der Begriff "Sparen" ist hier nicht passend. Es geht darum, das Wachstum der Ausgaben zu bremsen und fundierte Prüfaufträge durchzuführen. Eine Steuererhöhung ist derzeit nicht angezeigt.

Sarah Stalder (SP): Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, den Melanie Gasser in ihrem Votum angesprochen hat. Alle Fraktionen sind in den Kommissionen vertreten. Ich selbst bin in der Sozialkommission. Dort hatten wir eine Sitzung, in der das detaillierte Budget vorgelegt wurde.

Der Abteilungsleiter stand uns dabei Red und Antwort. Wir konnten jede Position bis auf den Franken hinterfragen und verstehen, warum die Ausgaben notwendig sind.

Statt hier über 1'000 Franken oder 20'000 Franken pauschal zu diskutieren, wäre es sinnvoller, dass die Kommissionsmitglieder genau hinschauen. Dort kann man ins Detail gehen.

Uns wurde gesagt, dass diese Budgets einstimmig angenommen wurden. Das bedeutet, in den Kommissionssitzungen fand man sie plausibel und sinnvoll.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Wird ein "Time-out" benötigt? Seitens des Parlaments wird kein "Time-out" benötigt.

Ich wäre dafür, dass wir nun in die Abstimmungsphase gehen. Zuerst habe ich noch eine Frage an die Mitte-Fraktion. Ich möchte sicherstellen, dass ich den Antrag richtig verstanden habe. Er soll in "globo" abgestimmt werden, so wie das Blatt auf dem Visualizer liegt? Die Mitte-Fraktion bestätigt, dass dieser Antrag in "globo" abgestimmt werden soll.

Nun zum Vorgehen: Zuerst wird das Bereinigungsverfahren mittels Cup-System durchgeführt. Das heisst, die Anträge, die sich gegenseitig ausschliessen, werden einander gegenübergestellt, danach werden wir über die restlichen Änderungsanträge einzeln abstimmen. Sobald die Anträge bearbeitet sind und das Abstimmungsverfahren abgeschlossen ist, folgt die Schlussabstimmung.

Das Cup-System funktioniert so: Wir haben zwei Positionen, die gegeneinander antreten müssen. Das bedeutet, dass es für denselben Posten zwei unterschiedliche Anträge gibt. Dabei tritt der neuere Antrag gegen den älteren an. Jede Person überlegt, welchen Antrag sie bevorzugt. Der Antrag mit den meisten Stimmen tritt danach gegen den Gemeinderats-Antrag an.

Der Rat ist mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden.

Bereinigungsverfahren 1 im Cup-System

Der Änderungsantrag Nr. 9 (EVP-Fraktion), zur Entlastungsmassnahme Nr. 16, lautet wie folgt:
Eine Reduktion des Aus- und Weiterbildungsbudgets um 10%.

Der Änderungsantrag Nr. 3 (SVP-Fraktion), zur Entlastungsmassnahme Nr. 16, lautet wie folgt:
Eine Reduktion des Aus- und Weiterbildungsbudgets um 35%.

Der Gemeinderatsantrag, zur Entlastungsmassnahme Nr. 16, lautet wie folgt: *Keine Reduktion des Aus- und Weiterbildungsbudgets.*

- **Änderungsantrag Nr. 9 gegen den Änderungsantrag Nr. 3**

Wer für den Änderungsantrag Nr. 9 ist, bezeuge dies durch Handerheben.
Abstimmung: 23 Stimmen.

Wer für den Änderungsantrag Nr. 3 ist, bezeuge dies durch Handerheben.
Abstimmung: 8 Stimmen.

① Sieger: Änderungsantrag Nr. 9.

- **Änderungsantrag Nr. 9 gegen den Gemeinderatsantrag**

Wer für den Änderungsantrag Nr. 9 ist, bezeuge dies durch Handerheben.
Abstimmung: 13 Stimmen.

Wer für den Gemeinderatsantrag ist, bezeuge dies durch Handerheben.
Abstimmung: 21 Stimmen.

① Sieger: Gemeinderatsantrag.

Bereinigungsverfahren 2 im Cup-System

Der Änderungsantrag Nr. 10 (Sandra Löhner-Marti), zur Entlastungsmassnahme Nr. 22, lautet wie folgt: Das Konto Nr. 220.3132.00 ist um 30% zu kürzen.

Der Änderungsantrag Nr. 5 (SVP-Fraktion), zur Entlastungsmassnahme Nr. 22, lautet wie folgt:
Auf die Eventagentur "Zone B" ist zu verzichten (Streichung des Budgetpostens Konto Nr. 220.3132.00).

Der Gemeinderatsantrag, zur Entlastungsmassnahme Nr. 22, lautet wie folgt: Keine Reduktion des Budgetpostens Konto Nr. 220.3132.00.

- **Änderungsantrag Nr. 10 gegen den Änderungsantrag Nr. 5**

Wer für den Änderungsantrag Nr. 10 ist, bezeuge dies durch Handerheben.
Abstimmung: 13 Stimmen.

Wer für den Änderungsantrag Nr. 5 ist, bezeuge dies durch Handerheben.
Abstimmung: 8 Stimmen.

① Sieger: Änderungsantrag Nr. 10.

- **Änderungsantrag Nr. 10 gegen den Gemeinderatsantrag**

Wer für den Änderungsantrag Nr. 10 ist, bezeuge dies durch Handerheben.

Abstimmung: 15 Stimmen.

Wer für den Gemeinderatsantrag ist, bezeuge dies durch Handerheben.

Abstimmung: 19 Stimmen.

① Sieger: Gemeinderatsantrag.

A b s t i m m u n g

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Der Änderungsantrag Nr. 1 (Mitte-Fraktion) lautet wie folgt:

Auf allen Konten 3132 (Honorare für externe Berater, Gutachter und Fachexperten) sollen die Beträge um 30% reduziert werden.

① Der Änderungsantrag Nr. 1 wird mit 29 zu 2 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Der Änderungsantrag Nr. 2 (SVP-Fraktion), zur Entlastungsmassnahme Nr. 14, lautet wie folgt:

Die Grundreinigung der Gebäude nur noch alle zwei Jahre durchführen (Entlastung: CHF 120'000 Franken; nicht 222'000 Franken wie ursprünglich in den Unterlagen angegeben).

① Der Änderungsantrag Nr. 2 wird mit 24 zu 10 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Der Änderungsantrag Nr. 4 (SVP-Fraktion), zur Entlastungsmassnahme Nr. 17, lautet wie folgt:

Die Defizitgarantie für das "Mundige Fescht" soll gestrichen werden.

① Der Änderungsantrag Nr. 4 wird mit 24 zu 9 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Der Änderungsantrag Nr. 6 (SVP-Fraktion), zur Entlastungsmassnahme Nr. 21, lautet wie folgt:

Die externe Beratung und Begleitung für die Einführung der neuen Schulmodelle wird um ein Jahr verschoben.

① Der Änderungsantrag Nr. 6 wird mit 24 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Der Änderungsantrag Nr. 7 (SVP-Fraktion), zur Entlastungsmassnahme Nr. 25, lautet wie folgt:

Keine Budgetierung auf Vorrat, Streichung dieses Budgetpostens und Nachkredit beantragen falls erforderlich.

① Der Änderungsantrag Nr. 7 wird mit 22 zu 13 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Der Änderungsantrag Nr. 8 (SVP-Fraktion), zur Entlastungsmassnahme Nr. 28, lautet wie folgt:

Vorläufig keine Anschaffung eines zusätzlichen E-PW für die Abteilung Tiefbau und somit Streichung dieses Budgetpostens.

① Der Änderungsantrag Nr. 8 wird mit 24 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Der Änderungsantrag Nr. 11 (Marcel Falk), zur Ziffer 1 des Beschlussantrags, lautet wie folgt:

Für die der Staatssteuer unterliegenden Steuerfaktoren (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital und Grundstückgewinn) das 1,74-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes.

① Der Änderungsantrag Nr. 11 wird mit 22 zu 13 Stimmen abgelehnt.

Schlussabstimmung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 32 zu 3 Stimmen den folgenden

Beschluss

1. Die Steueranlagen für das Jahr 2026 werden wie folgt festgesetzt:
 - für die der Staatssteuer unterliegenden Steuerfaktoren (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital und Grundstückgewinn) das 1,69-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes;
 - für die Liegenschaftssteuer 1,5‰ des amtlichen Wertes;
 - Hundesteuer CHF 100.00 pro Hund;
 - für die Feuerwehrdienstersatzabgabe 3,4% des Staatssteuerbetrages, höchstens CHF 200.00.
2. Das Budget für das Jahr 2026, abschliessend mit einem Aufwandüberschuss des Gesamthaushaltes von CHF -2'160'570.00, wird wie folgt genehmigt:

	Aufwand	Ertrag
Gesamthaushalt	CHF 120'184'320	CHF 118'023'750
Aufwandüberschuss		CHF 2'160'570
Allgemeiner Haushalt	CHF 106'585'320	CHF 105'645'050
Aufwandüberschuss		CHF 940'270
SF² Abfallbewirtschaftung	CHF 2'218'580	CHF 1'446'200
Aufwandüberschuss		CHF 772'380
SF Wasserversorgung	CHF 4'754'260	CHF 4'811'500
Ertragsüberschuss	CHF 57'240	
SF Abwasserentsorgung	CHF 5'860'220	CHF 5'320'000
Aufwandüberschuss		CHF 540'220
SF Feuerwehr	CHF 765'940	CHF 801'000
Ertragsüberschuss	CHF 35'060	

3. Die Budgetkorrekturen (Massnahmen 1 bis 13, Kapitel 2) im Umfang von CHF 597'300 werden genehmigt.
4. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die sich aus den beschlossenen Budgetkorrekturen ergebenden Folgeanpassungen (z.B. Verzinsung, Abschreibungen usw.) im Budget 2026 vorzunehmen.
5. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
6. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

² SF = Spezialfinanzierung

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso (FDP): Wir freuen uns sehr, dass wir hier vorne das Vertrauen der Mehrheit des Parlaments erhalten haben. In einer Demokratie reicht die Mehrheit, dafür vielen Dank. Wir gehen nicht davon aus, dass diese Geschichte damit abgeschlossen ist.

Mit den geplanten Vorstössen, die teilweise heute noch eingegeben werden, können wir die einzelnen Punkte sehr detailliert prüfen. Darauf freue ich mich. Heute haben wir eigentlich nichts entschieden, aber die Arbeit war nicht umsonst. Wir haben alle viel gelernt – im Gemeinderat, in der Verwaltung und insbesondere auch wir beide, Thomas Lauener und ich. Es hat uns gezwungen, in die Tiefe zu gehen und Dinge zu überlegen, die wir vorher nur vermutet hatten. Heute wissen wir, wie es wirklich ist.

Wir werden im nächsten Jahr diesen Prozess auf Basis der jetzt vorbereiteten Unterlagen weiterführen. Die Listen werden wir aufbereiten, sodass wir immer wieder auf denselben Stand zurückgreifen können.

Eine kurze Rückmeldung noch: Es wurde erwähnt, dass die Liegenschaftssteuer erhöht werden könnte. Wir sind bereits am Maximum, eine weitere Erhöhung ist nicht möglich.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die in der Verwaltung mitgearbeitet haben. Viele haben sich nach den Ferien sofort wieder eingesetzt, zum Beispiel Thomas Lauener, der gerade von den Ferien zurückkam, um diese Arbeiten zu erledigen. Das zeigt das grosse Engagement aller Beteiligten.

Die Arbeit wurde zielorientiert erledigt, und am Schluss wurde das Ziel erreicht.

Axioma #10910
10.3.72 Motionen

78. Motion glp-Fraktion betreffend Aufnahme einer Personalplanung im Budgetprozess; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in Postulat

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Oliver Tamàs (glp): Ich musste in der Fraktion lernen, dass man einen Motionstext noch ändern darf, sogar kurz vor dem Beschluss. Gemäss Geschäftsordnung, Artikel 53, Absatz 6, ist dies möglich.

Die Änderungen, die wir im Motionstext vorgenommen haben, betreffen vor allem die Laufzeit zur Realisierung dieser Planung. Ursprünglich war vorgesehen, dass dies bis heute umgesetzt sein sollte. Dieser Termin ist jedoch bereits verstrichen. Deshalb haben wir die Frist angepasst auf die nächste Budgetdebatte, die erste Lesung, die meist im August stattfindet. Wir haben dies geändert, sodass die Umsetzung nun bis zur ersten Budgetlesung 2027 erfolgen soll.

Eine weitere Änderung betrifft eine kleine Vereinfachung für den Gemeinderat. Wir schlagen vor, nur drei Jahre zurückzublicken, um die Anzahl Vollzeitstellen pro Abteilung zu erfassen. Ursprünglich waren es fünf Jahre. Ziel ist es nicht, Personal abzubauen, sondern Transparenz zu schaffen. So kann man nachvollziehen, wie sich der Personalbestand über die Jahre entwickelt hat und welche Planung vorliegt. Nur auf dieser Grundlage lassen sich Entscheidungen treffen und Verantwortung übernehmen.

Wie Luca Alberucci erwähnt hat, ist der Personalaufwand der zweitgrösste Posten nach den Transferleistungen. Er beträgt 27 Millionen Franken, also knapp 23% des gesamten Budgets. Es ist sinnvoll, genau zu wissen, wie dieser Aufwand entsteht und sich entwickelt.

Warum bleiben wir bei einer Motion? Der Gemeinderat schlägt vor, dies in ein Postulat umzuwandeln. Wir möchten jedoch die Verbindlichkeit beibehalten. So stellen wir sicher, dass die Planung nächsten Sommer umgesetzt wird – wie von uns gewünscht, mit drei Jahren Rück- und drei Jahren Vorschau.

Noch etwas, wenn ich schon hier vorne stehe: Das Mundigenfest; unseren Stand zu organisieren, macht immer sehr viel Spass. Es ist anstrengend, aber mit der ganzen Gruppe ist es eine grosse Freude. Deshalb bewerben wir uns vielleicht darum, als Ganzes das Mundigenfest zu organisieren, anstelle von "Zone B". Wir planen dies mit einem Budget von 43'000 Franken.

Mattia Mordasini (SP): Wir von der Fraktion der Grünen lehnen diesen Vorschlag ab. Wir möchten bei der Personalplanung nur nach vorne schauen. Aus unserer Sicht gehört dies zum Verständnis von "Human Resources". Ein Rückblick ist für uns nicht entscheidend. Veränderungen sollen aufgrund der zukünftigen Bedürfnisse getroffen werden.

Wir möchten daher flexibel bleiben und uns darauf konzentrieren, welche personellen Ressourcen wir in Zukunft benötigen. Und nicht darauf, was in der Vergangenheit war.

Wenn der Vorstoss jedoch so umgewandelt würde, wie es der Gemeinderat vorschlägt, würden wir ihm zustimmen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ein weiterer Punkt betrifft die Frage, weshalb der Gemeinderat der Meinung ist, dass ein Postulat die bessere Lösung sei. Wir wehren uns nicht grundsätzlich dagegen. Der Antrag verfolgt ebenfalls das Ziel der Transparenz. Wir haben jedoch den Eindruck, dass es sinnvoll ist, zuerst genauer zu prüfen, wie wir dieses Bedürfnis erfüllen können. Ein Postulat ist ebenfalls verbindlich und geht in die Richtung dessen, was Mattia Mordasini vorhin erklärt hat. Informationen zur Vergangenheit findet man im Verwaltungsbericht, dort sind die wichtigsten Elemente aufgeführt.

Selbstverständlich verstehen wir den Wunsch, nach vorne zu schauen. Wir haben erst damit begonnen, konkrete Ideen zu entwickeln. Ich möchte aber nochmals darauf hinweisen, was auch in unserer schriftlichen Antwort steht: Die Angaben, die wir zu einem bestimmten Zeitpunkt liefern, sind immer eine Momentaufnahme. Das ist ähnlich wie beim Budget. Dort haben wir heute gesehen, dass gewisse Entlastungsmassnahmen zum Zeitpunkt der Budgeterstellung noch nicht bekannt waren. Diese Unschärfe gehört leider dazu, und es ist wichtig, dass sich im Laufe der Zeit Änderungen ergeben können.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Ich halte fest: Der Erstunterzeichner bleibt dabei, die Motion nicht in ein Postulat umzuwandeln.

Oliver Tamàs (glp): Die Motion, die ursprünglich in ein Postulat umgewandelt werden sollte, enthält einen Rückblick. Dieser Rückblick umfasst, wenn ich es richtig im Kopf habe, fünf Jahre. Er dient nicht dazu, in der Vergangenheit zu verweilen. Er soll helfen, die Entwicklung des Personalbestands zu erkennen. Ohne diese Sicht weiss ich nicht, wie stark der Personalbestand in den letzten fünf Jahren gewachsen ist. Das kann ich sonst nicht beurteilen.

Die einzige Änderung besteht darin, dass wir die Vorlage bereits auf diesen Sommer erhalten möchten. Zudem bleibt es eine Motion.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 18 zu 16 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die Motion wird im Wortlaut abgeändert und abgelehnt.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Wir werden nun eine Pause einlegen. Diese dauert fünfzehn Minuten. Anschliessend setzen wir die Sitzung in gewohnter Weise fort.

P a u s e

Axioma #10911
10.3.72 Motionen

79. Motion Jorgo Ananiadis (Piraten) betreffend effiziente Budgetlesungen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in Postulat

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Wir fahren mit der Sitzung fort.

Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Der Erstunterzeichner Jorgo Ananiadis hat keine Ergänzungen zum Geschäft.

Peter Stettler Ruess (SP): Wir hatten dieses Jahr einen sehr anstrengenden Budgetprozess. Dieser Prozess hat jedoch dazu geführt, dass wir heute über deutlich präzisere Informationen verfügen. Meiner Meinung nach hat man klar gesehen, dass im vorgelegten Budget keine Reserven vorhanden sind. Von Spielraum konnte niemand sprechen. Wenn überhaupt, gab es an einzelnen Stellen minimale Punkte, die man diskutieren konnte. Ich bin überzeugt, dass der Gemeinderat auch im nächsten Jahr wieder so sorgfältig vorgehen wird.

Wir als Fraktion erwarten vom Gemeinderat jedes Jahr ein realistisches, seriöses und sparsames Budget. Aus diesem Grund sehen wir keinen Nutzen darin, zusätzlich eine zweite Budgetvariante zu erhalten, die mit theoretischen Überlegungen künstlich auf null ausgerichtet wird. Ich bin zudem etwas erstaunt, dass der Gemeinderat bereit ist, diese Motion anzunehmen. Dieser zusätzliche Aufwand wäre aus unserer Sicht nicht nötig.

Wir brauchen kein jährliches Streichmenü. Wir brauchen einen vernünftigen Aufgaben- und Finanzplan, den wir prüfen und bei Bedarf gezielt anpassen können, wie es auch die GLP erwähnt hat. Genau dafür haben wir die zweite Lesung. Aus all diesen Gründen unterstützt die SP-Fraktion diesen Vorstoss nicht.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 21 zu 12 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die Motion wird erheblich erklärt.

Axioma #10909
10.3.72 Motionen

80. Überparteiliche Motion betreffend das Reglement über die Mehrwertabgabe; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in Postulat

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich die Erstunterzeichnerin der überparteilichen Motion zum Geschäft äussern.

Colette Nova (SP): Diese Motion ist eine eher trockene Materie. Sie verfolgt drei Anliegen. Erstens sollen wir den Spielraum für eine höhere Mehrwertabgabe maximal nutzen. Wir können dieses Geld gut gebrauchen, das haben wir alle gesehen. Zweitens geht es um eine rechtskonforme Verwendung der Erträge aus dieser Abgabe. Dazu braucht es eine Präzisierung des Reglements. Ich schlage vor, dass wir uns an Gemeinden orientieren, die diese Arbeit bereits sauber gemacht haben. Die Gemeinde Burgdorf ist ein Beispiel. Sie hat im Reglement klar beschrieben, welche raumplanerischen Massnahmen mit diesen Geldern finanziert werden dürfen. Drittens soll es rasch vorwärtsgehen, damit wir von dieser Anpassung auch profitieren.

Der Gemeinderat erklärt uns nun, dass es Verzögerungen gibt. Er schlägt deshalb vor, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Thomas Iten hat mir dies bereits zweimal vorgängig erläutert und jetzt nochmals im Detail. Der wichtigste Punkt ist heute jedoch, dass es vorwärtsgeht. Die Erhöhung des Maximalsatzes wäre rasch nötig. In den kommenden Jahren wird im Bauwesen viel laufen, nicht nur beim Bahnhof. Eine Verzögerung bedeutet Einnahmenverluste. Trotzdem bin ich einverstanden, dass wir die Motion in ein Postulat umwandeln, damit die Sache schneller vorankommt.

Nun noch ein paar Worte zum zweiten Anliegen, das etwas komplexer ist. Ich habe in der Begründung erläutert, was der Bundesgesetzgeber verlangt. Es braucht eine klare Zweckbindung. Diese Zweckbindung müssen wir umsetzen. Was heute getan wird, erfüllt dies nicht. Ich habe eine Liste der vergangenen Abschreibungen erhalten, die auch in der Geschäftsprüfungskommission abgegeben wurde. Darin stehen Positionen, die nichts mit raumplanerischen Massnahmen zu tun haben, etwa Maschinen oder Schneepflüge. Es gibt auch Posten, die passen, aber andere eben nicht. Dass die Revisionsstelle diese Praxis akzeptiert, erstaunt mich. Ebenso erstaunt mich, dass das kantonale Amt, das auch andere Projekte blockiert, die heutige Praxis ebenfalls absegnet. Richtig ist sie deswegen trotzdem nicht. Man muss keine Juristin sein, um das zu erkennen.

Das eidgenössische Recht im Raumplanungsgesetz ist klar. Das kantonale Baugesetz ist ebenfalls eindeutig. Und sogar unser eigenes Reglement schreibt vor, dass die Mittel gemäss Raumplanungsgesetz eingesetzt werden müssen. Doch genau das geschieht teilweise nicht. Der Kanton hat zudem ein Musterreglement und erläuternde Hinweise veröffentlicht. Diese sind nicht rechtsverbindlich, aber sie zeigen klar die Richtung.

Dort steht zum Beispiel, Zitat: "Die Gemeinden sind nicht frei, wofür sie die Erträge aus der Mehrwertabgabe verwenden dürfen." Weiter steht dort: "Die Erträge sind im Rahmen der finanzhaushaltrechtlichen Vorgaben zweckgebunden zu verwenden. Aus finanzhaushaltsrechtlicher Sicht ist zu beachten, dass zur Finanzierung von Investitionen der Gemeinde lediglich der objektbezogene ordentliche Abschreibungsbetrag der Spezialfinanzierung entnommen werden darf." Auch wenn es aus Sicht des eidgenössischen Gesetzes seltsam wirkt, dass man über Abschreibungen spricht, gilt diese Regel. Aber eben nur für raumplanerische Massnahmen, nicht für beliebige Zwecke.

Die heutige Praxis ist daher in Teilen besonders fragwürdig, weil es eigentlich so einfach wäre. Wir haben genügend Ausgaben, die den Vorgaben des Raumplanungsgesetzes und des kantonalen Baugesetzes entsprechen. Wir haben genügend Investitionen, die mit der Entwicklung der Gemeinde zusammenhängen. Wir haben Aufwertungen von Freiflächen, Massnahmen zur Reduktion der Hitze, Projekte für den Langsamverkehr, soziokulturelle Einrichtungen, Schulhäuser und Kindergärten. Wir müssen nichts Neues erfinden. Wir müssen es einfach korrekt machen. Eine präzisere Formulierung im Reglement soll der Verwaltung und dem Gemeinderat helfen, klar zu wissen, für welche Projekte diese Mittel eingesetzt werden dürfen.

Ich möchte zudem darauf aufmerksam machen, dass Ostermundigen bei einer Beschwerde mit der heutigen Praxis wohl scheitern würde. Dann müssten wir möglicherweise mehrere Rechnungen rückabwickeln, was wenig sinnvoll wäre. Deshalb sollte man dieses Risiko nicht eingehen.

Ich bitte den Gemeinderat daher ausdrücklich, das eidgenössische, das kantonale und das eigene kommunale Recht korrekt umzusetzen. Und ich erwarte die Überarbeitung des Reglements, damit wir endlich einen höheren Mehrwert abschöpfen können. Die Umsetzung dauert zwar offensichtlich noch etwas, doch selbst wenn die Motion zum Postulat wird oder nicht angenommen wird, bleibt diese Pflicht bestehen.

Hans Peter Friedli (SVP): Die SVP-Fraktion wird dieser überparteilichen Motion nicht zustimmen. Wir lehnen den Antrag des Gemeinderates ab, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Dafür gibt es klare Gründe.

Der Gemeinderat begründet die Überarbeitung des Reglements mit der Ortsplanungsrevision im Jahr 2026. Diese Revision ist bereits vorgesehen und der notwendige Kredit wurde gesprochen. Es fehlen jedoch noch wichtige Details aus dieser Revision. Zudem steht die Vorprüfung des Kantons noch aus.

Da diese Grundlagen fehlen, konnte das Reglement in der Planungskommission nicht behandelt werden. Es konnte nicht verabschiedet werden und somit auch nicht an den Gemeinderat weitergeleitet werden. Für einen definitiven Entwurf müssen alle Vor- und Nachteile bekannt sein. Sie müssen vollständig berücksichtigt werden. Das neue Reglement soll nicht zusätzliche Kosten verursachen, sondern einen echten Mehrwert für die Gemeinde bringen.

Klar ist zudem, dass wir das Reglement später hier im Rat zur Diskussion erhalten. Wir werden es dann prüfen und bei Bedarf anpassen. Ein Vorpreschen mit den vorgeschlagenen Änderungen ist deshalb nicht nötig. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt sogar verfrüht.

Die überparteiliche Motion und die Umwandlung in ein Postulat sind daher abzulehnen.

Zürcher Myriam: Wir haben uns bereits im Voraus abgesprochen. Wir werden die Umwandlung in ein Postulat unterstützen. Wir haben die überparteiliche Motion aus der EVP-Fraktion ebenfalls mitunterzeichnet. Auch mit dem vertieften Einblick, den wir nun haben, sind wir weiterhin der Meinung, dass dieses Anliegen wichtig ist. Deshalb unterstützen wir das Postulat.

Luca Alberucci (glp): Ich möchte die politische Würdigung der GLP-Fraktion ergänzen. Die Erhöhung der Sätze sollte geprüft werden.

Wir sind als GLP nicht einverstanden, dass die derzeitige Freiheit in der Verwendung von Mehrwertabgaben eingeschränkt werden soll. Wir wachsen, und mit dem Wachstum können gewisse Gebiete auf- oder umgezont werden. Dadurch entstehen Mehrwertabgaben. Mit diesen Abgaben ist es korrekt, dass man später auch Finanzierungen im Verwaltungsvermögen decken und Abschreibungen darüber finanzieren kann.

Wenn wir diese Freiheit nun künstlich einschränken würden, würde das wahrscheinlich einer sehr engen Auslegung des Gesetzes entsprechen. Politisch ist das aber nicht im Sinne der GLP.

Als Postulat kann man den Vorschlag annehmen.

Christoph Leiser (FDP): Ich möchte Colette Nova und der SP danken, dass dieses Thema schon jetzt aufgegriffen wird. Es ist eine eher trockene Materie. Der Vorteil dabei ist, dass man sich nicht verliert, aber man kann sich in dieser Materie leicht ein wenig verirren.

In diesem Thema gibt es viele offene Fragen. Zum Beispiel, wann die Mehrwertabschöpfung fällig wird. Diskutiert wird, ob sie bei der Realisierung oder bei Handänderungen anfällt. Es ist momentan vieles unklar. Bei Scheidungen oder Erbschaften stellt sich die Frage, ob auch dann Mehrwertabschöpfungen fällig werden.

Ein weiterer Hinweis betrifft die Höhe der Abgaben. Das Projekt "Mundo" wird kommen, das ist gut. Wir sollten jedoch nicht vorgängig die Umsetzungsbereitschaft von Investoren einschränken, indem wir gleich den Maximalsatz festlegen. Es nützt nichts, wenn eine Aufzoning vorhanden ist, aber niemand umsetzt, weil die Abgabe zu hoch ist. Am Ende geht es immer ums Portemonnaie.

Ich empfehle, die Detailakten in den vorberatenden Kommissionen genau zu prüfen. So vermeiden wir Fehler. Persönlich stört mich die bisherige Mittelverwendung nicht, obwohl ich Jurist bin.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Colette Nova hat gesagt, es soll zeitnah umgesetzt werden. Ich möchte noch einmal auf einen Passus hinweisen, den wir in unserer Beantwortung erwähnt haben. Wir sind zwar nicht verzweifelt, aber sehr genervt, dass die Vorprüfung der Ortsplanungsrevision nicht weiterkommt. Artikel 59 des kantonalen Baugesetzes besagt, dass Vorprüfungen innerhalb von drei Monaten den Gemeinden vorgelegt werden müssen.

Wir haben das Dossier am 4. November 2024 eingereicht. Schnell gerechnet: Wir haben schriftlich bestätigt bekommen, dass frühestens Anfang 2026 mit einer Vorprüfung zu rechnen ist. Das ist noch kein festes Datum. Ich möchte damit nur verdeutlichen, dass wir eine schnelle Umsetzung wünschen.

Ich stimme den Anmerkungen von Christoph Leiser zu. Es ist wichtig, dass wir regulative Punkte prüfen. Es geht nicht um die Entnahme selbst, sondern um die Diskussion über Zeitpunkte und Periodizitäten.

Beispielsweise in der Gemeinde Köniz gab es mit der Einführung des neuen Raumplanungsgesetzes über 500 Beschwerden, vor allem von kleinen Parzellen. Genau solche Fälle kommen nun zum Tragen, zum Beispiel bei Erbschaften oder Verkäufen. Auch für die Gemeinden ist dies ein wichtiges Thema. Es muss sehr sorgfältig austariert werden.

Ein weiteres Thema ist die Freigrenze. Beispielsweise hat die Stadt Thun eine Freigrenze von 100'000 Franken, wir diskutieren eine Freigrenze von 20'000 Franken. Es gibt also viele Parameter, die wir genau besprechen müssen.

Wir hoffen, im Jahr 2026 weiter daran arbeiten zu können. Allein für die kleineren Areale rechnen wir mit 300 bis 400 Parzellen, die neu beurteilt und bewertet werden müssen. Sie sehen also, dass dies eine komplexe Aufgabe ist. Es ist mehr als nur eine trockene Materie, wie Christoph Leiser erwähnt hat.

Deshalb ist der Gemeinderat bereit, das Reglement gründlich zu prüfen und die Diskussion sukzessive voranzubringen.

Marcel Falk (SP): Eine kurze Wortmeldung zu den politischen Würdigungen. Ich glaube, da fehlt ein wichtiger Aspekt. Weshalb gibt es eigentlich die Zweckbindung dieser Gelder? Der Gesetzgeber hat sie bewusst vorgesehen.

Die Idee dahinter ist, dass Planungsgewinne abgeschöpft werden. Wird die Planung geändert, entstehen Gewinne für die Gemeinde. Der Gesetzgeber wusste aber, dass Planungen immer Verlierer erzeugen können, etwa durch Verdichtung oder Überbauung. Solche Veränderungen verursachen Probleme.

Darum sollen die Gelder zweckgebunden verwendet werden. Sie dienen etwa der Sicherung von Grünräumen oder der Minderung von Hitze Problemen, die durch Planungen entstehen.

Die Zweckbindung erlaubt einen gewissen flexiblen Einsatz der Mittel. Sie ist nicht eng gefasst, macht aber Sinn für die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde.

Wir müssen diesen Aspekt im Blick behalten. Es geht nicht nur um die finanziellen Fragen, sondern auch um die politische Würdigung.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 19 zu 16 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt.

Axioma #10293

10.4.00 Allgemeines

81. Orientierungen des Gemeinderates

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Zum Traktandum Nr. 81 Orientierungen des Gemeinderates liegen keine Mitteilungen vor.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Heute Abend stehen noch zwei persönliche Erklärungen an. Zuerst erhält Kathrin Ernst das Wort.

Kathrin Ernst (Grüne): Ich durfte meinen Abschluss im Grossen Gemeinderat mit einer sehr spannenden Budgetsitzung erleben. Im Juni 2024 habe ich den vakanten grünen Sitz übernommen. Seither habe ich durch die Mitgliedschaft im Grossen Gemeinderat viele interessante Einblicke in die Gemeinde Ostermundigen erhalten. Ich konnte hinter die Kulissen schauen, die verschiedenen Geschäfte kennenlernen und die Lokalpolitik besser verstehen. Letztes Jahr durfte ich bei den Wahlkampagnen mithelfen.

Aus persönlichen Gründen trete ich nun zurück aus dem Grossen Gemeinderat. Ich freue mich, dass wir mit Samuel Augustiny einen kompetenten Nachfolger für die Grünen gewinnen konnten. Danke an alle, die sich weiterhin im Grossen Gemeinderat engagieren. Sie tragen dazu bei, Ostermundigen lebenswert, attraktiv und lebendig zu gestalten.

Adrian Tanner (Grüne): Ich möchte mich bei Kathrin Ernst bedanken. Sie hat den Sitz sehr schnell nach ihrem Einzug in Ostermundigen übernommen. Für mich hat sie eine sehr wertvolle neue Perspektive eingebracht. Es ist schade, dass sie geht.

Ihr Beitrag war bedeutend. Sie hat neue Perspektiven eingebracht und sich stark engagiert, zum Beispiel für Solarenergie. Viele erinnern sich sicher an ihre Arbeit im Zusammenhang mit der Badi oder den Schulen. Insgesamt hat sie sich für zukunftsfähige Politik eingesetzt, so wie wir sie sehen und weiterhin gestalten wollen.

Sie hat uns im Wahlkampf unterstützt, und wir hoffen, dass sie die Grünen weiterhin unterstützt. Es ist zudem denkbar, dass sie sich in einem anderen Rahmen engagiert, zum Beispiel bei der Transition-Bewegung. Dort kann man konkreter handeln und Projekte direkt umsetzen.

Vielen Dank, Katrin Ernst, für deinen Einsatz, deine Inspiration und die neuen Perspektiven. Wir werden dich vermissen.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Jetzt habe ich noch Lust auf "Eishockey". Heute hat noch jemand anders seinen letzten Einsatz. Ich bitte alle kurz aufzustehen.

Ich stehe nun hier in einem Trikot des Lieblingsclubs von Jürg Kumli. Im Eishockey werden verdiente Spieler geehrt. Das Höchste ist, wenn die Spielernummer zur Seite genommen wird. Das bleibt nur Legenden vorbehalten. Für uns bist du eine Legende, aus folgenden Gründen.

Dein Eintritt in die Gemeinde Ostermundigen war am 1. April 1988, in der Abteilung Tiefbau und Betriebe. Zur Erinnerung: Das ist lange her. Ich war damals noch jung, mein Mann wurde 60 Tage später geboren, und unser Gemeindepräsident war noch in der 7. Klasse.

Du warst als Kommissionssekretär tätig und unter anderem für Strassenprojekte wie die Bernstrassensanierung verantwortlich. Am 1. Mai 2003 wurdest du anschliessend zum stellvertretenden Gemeindeschreiber und Ratssekretär ernannt. 2003 war ein besonderes Jahr: ein Rekordsommer, ein Waldbrand in Leukerbad, Arnold Schwarzenegger wurde Gouverneur von Kalifornien und Saddam Hussein festgenommen. Gleichzeitig startete die Saison 03/04 des SC Bern.

Nach sieben mageren Jahren gewannen die Berner im Playoff-Final gegen den HC Lugano mit 3:2. Am 10. April 2004 um 23:22 Uhr fiel das entscheidende Tor. Die Stadt war im Ausnahmezustand, 40'000 Fans feierten in Bern.

Seither warst du unser Ratssekretär und der Sekretär der Geschäftsprüfungskommission. Auch bei der Planungskommission warst du aktiv, wobei diese Zuständigkeit vor zwei Jahren geändert wurde. Unvergessen bleiben deine Probleme mit der Technik. Oft hast du extra Schritte auf der Bühne gemacht, obwohl das Mikrofon funktionierte. Dein Humor und deine Geduld mit technischen Geräten waren einzigartig.

Super, war jeweils deine Aufforderung per E-Mail von wegen unsere "Specks", "Speeches" oder "Speaks" zu schicken.

Besonders erwähnenswert ist deine Rolle als Sandwich-Hüter. Immer souverän hast du diese Aufgabe erledigt. Ich werde deine Sprüche sehr vermissen. Selten bringen Menschen mich so zum Lachen wie du.

Ein Bild, das mir in Erinnerung bleibt: Bei einer Werkhof-Führung im Juni hast du dich gemütlich zurückgelehnt und lieber ferngesehen, anstatt die volle Stunde mitzumachen. Wir wünschen dir viele gute Sitzgelegenheiten und ab und zu ein spannendes Spiel zum Schauen.

Jürg Kumli, wir werden dich und deine Art vermissen. Es wird seltsam ohne dich sein. Es ist mir eine Ehre, die letzten Worte an dich als "Ancien-Ratssekretär" zu richten.

Wir haben dein Trikot mit dem Jahrgang deiner Pensionierung vorbereitet. Es ist ein Geschenk von uns zu deinen Ehren. Dazu gibt es ein grosses Kuvert mit einem Gutschein fürs "UMA", damit du und deine Frau sicher genug zu essen habt. Und falls es nicht reicht, ist das Mundiger Pizza- und Burgerhaus gleich um die Ecke.

Ratssekretär Jürg Kumli: Ich danke dir nochmals für alles. Ich wünsche allen einen schönen Abend. In diesen 22 Jahren konnten wir immer einander in die Augen schauen.

Ich bin stolz, dass wir die Türen des Regierungstatthalters nur von aussen kannten, keine Beschwerden, nichts. So schlecht haben wir unseren Job nicht gemacht.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die parlamentarischen Neueingänge von heute Abend lauten wie folgt:

- 82. Überparteiliche Motion betreffend Zukunft Kindertagesstätte Hummelinäscht
- 83. Überparteiliche Motion betreffend Reinigungsaufwand
- 84. Interpellation glp-Fraktion betreffend Aufgaben, Wirkung und Ressourcen der Gemeinde im Bereich Nachhaltigkeit

Axioma #11079
10.3.72 Motionen

82. Überparteiliche Motion betreffend Zukunft Kindertagesstätte Hummelinäscht; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, ob ein weiterer Betrieb der Kita Hummelinäscht sinnvoll ist und wenn ja wie der Betrieb wirtschaftlicher geführt werden kann.

Begründung

In den letzten Jahren, speziell auch mit der Einführung der Betreuungsgutscheine, hat sich ein genügendes und aktuell sogar tendenziell zu grosses Angebot an Kitaplätzen gebildet. Dies zeigt sich in vielen freien Kitaplätzen und Umstrukturierungen z.B. bei den städtischen Kitas in der Stadt Bern. Die Betreuung von Kindern mit und ohne erhöhtem Betreuungsbedarf wird zu gleichen Konditionen auch durch private Kitas angeboten. Die Integration von Kindern aus belastetem Familienumfeld kann aus unserer Sicht auch durch private Kitas gewährleistet werden und bei Bedarf durch das Programm Schrittweise unterstützt werden.

Auch hat sich der Ausgabenüberschuss in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht, was die folgenden Zahlen zeigen:

2021: CHF 93'625
2022: CHF 169'100
2023: CHF 191'374
2024: CHF 308'264

eingereicht GGR-Sitzung 20. November 2025

sig.: Lukas Lanz (FDP), Christoph Leiser (FDP), Daniela Feller (FDP), Adrian Gränicher (SVP), Marisa Herren (SVP), Ulrich Steiner (SVP), Adrian Rutsch (SVP), Angelo Andres (SVP), Franziska Brunner (SVP), Hans Peter Friedli (SVP), Jorgo Ananiadis (Piraten)

Axioma #11080
10.3.72 Motionen

83. Überparteiliche Motion betreffend Reinigungsaufwand; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt aufzuzeigen, wie die Reinigung aller gemeindeeigenen Gebäude inkl. der neuen Standorte Rothus und Turnhalle Forelstrasse mit dem aktuellen Personalbestand durch Anpassungen wie Reinigungszyklen, -arten etc. abgedeckt werden kann. Auch soll langfristiges Optimierungspotential aufgezeigt werden.

Begründung

Die Realisierung der zwei neuen Schulstandorte soll als Chance genutzt werden die Reinigungskonzepte aller gemeindeeigenen Liegenschaften zu prüfen und Einspar- und Optimierungspotential umzusetzen.

eingereicht GGR-Sitzung 20. November 2025

sig.: Lukas Lanz (FDP), Christoph Leiser (FDP), Daniela Feller (FDP), Adrian Gränicher (SVP), Ulrich Steiner (SVP), Adrian Rutsch (SVP), Angelo Andres (SVP), Franziska Brunner (SVP), Hans Peter Friedli (SVP), Jorgo Ananiadis (Piraten), Michael Mitter (Mitte), Benjamin Gimmel (EVP), Gerhard Baumgartner (EVP), Myriam Zürcher (EVP)

Axioma #11081

10.3.74 Interpellationen

84. Interpellation glp-Fraktion betreffend Aufgaben, Wirkung und Ressourcen der Gemeinde im Bereich Nachhaltigkeit; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Nach dem Budgetbeschluss ist vor dem Budgetbeschluss.

Die Gemeinde Ostermundigen engagiert sich seit Jahren für eine nachhaltige Entwicklung und ihre Umwelt. Die Gemeinde will klare Zeichen setzen für eine umfassende und vorausschauende Energie, Klima- und Umweltpolitik.

So war in der Medienmitteilung vom 02.12.2024 zu lesen:

«Die Gemeinde Ostermundigen wurde Ende November 2024 erneut mit dem Label Energiestadt ausgezeichnet. Im Vergleich zur letzten Rezertifizierung im Jahr 2020 konnte sie durch zahlreiche Projekte und Massnahmen ihre Punktzahl von 59,1% auf beachtliche 69,5% steigern. Ostermundigen zeigt damit sein starkes Engagement für eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung.»

Als Gemeinde sind wirkungsvolle Massnahmen im Bereich Grundwasser, Nachhaltigkeit und Biodiversität zu unterstützen. Insofern ist die Stossrichtung insbesondere der Abteilung Tiefbau aus Sicht der glp absolut wichtig und richtig. Dennoch ist es mit Blick auf den klammen Finanzhaushalt der Gemeinde für die glp ebenso wichtig, dass der GGR genau hinschaut, ob die Mittel und Ressourcen effizient und wirkungsorientiert eingesetzt werden.

Wir bitten den Gemeinderat daher um die Beantwortung folgender Fragen:

Sinn und Zweckmässigkeit des Labels Energiestadt

Welche Kosten kommen in den nächsten 3 Jahren bis zur Rezertifizierung auf die Gemeinde Ostermundigen zu für den Erhalt des Energiestadt-Labels?

Steht diesen Kosten eine relevante Verbesserung der Nachhaltigkeit der Gemeinde gegenüber?

Sinn und Zweckmässigkeit der Mitberichte

Welche Kosten resp. finanziellen und personellen Mehraufwand haben die ursprünglich vom Parlament verlangten Mitberichte zu den Auswirkungen auf die Nachhaltige Entwicklung jährlich zur Folge?

Steht diesen Kosten /Aufwand eine relevante Verbesserung der Nachhaltigkeit der Gemeinde gegenüber und ist der Aufwand für die jeweilige Prüfung aus Sicht des Gemeinderates nach wie vor wirkungsvoll und verhältnismässig?

Schwammstadt

In der dem Parlament am 20.11.2025 vorgelegten Personalplanung ist zusätzlich eine FTE im Bereich Schwammstadt vorgesehen. Was sind die Aufgaben der entsprechenden Fachstelle und wie begründet sich eine ganze Vollzeitstelle? Über welche Zeitspanne bedarf es eine Vollzeitstelle? Welche Projekte zum Thema Schwammstadt sind für die Gemeinde Ostermundigen konkret geplant oder bereits in der Umsetzung, welche ein solche gemeindeeigene Fachstelle bedürfen?

Ausschöpfung von Synergien

Gibt es betreffend Nachhaltigkeit Synergien, welche die Gemeinde noch ausschöpfen könnte durch Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden oder dem Kanton?

eingereicht GGR-Sitzung 20. November 2025

sig.: Dorothea Züllig von Allmen (glp), Oliver Tamàs (glp), Leena Raass (glp), Alexander Wahli (glp), Luca Alberucci (glp)

Axioma #4944

a) Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates

o = offen, **e = erledigt**,
ne = offen, sollte erledigt sein

Ax #	Titel	Start	Ende	Zu- stän- dig	Kommentar	Sta- tus
5765	Verwaltungsbericht 2024	26.06.25	30.06.26	FS + alle	Die FDP.Die Liberalen-Fraktion beantragt, dass in den zukünftigen Verwaltungsberichten der Umfang von Drittleistungen im Rahmen der regulären und wiederkehrenden Verwaltungstätigkeit aufgezeigt wird.	o

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsidentin:

Die Ratssekretärin:

Daniela Feller

Saskia Niggli

Die Stimmenzählerin:

Der Stimmenzähler:

Kathrin Balmer

Markus Truog